



Theorieperspektiven

2

Mathies Kempken und Andrea Liese

Zusammenfassung

Das Kapitel führt in Theorien internationaler Institutionen ein, mit Fokus auf dem rationalistischen, soziologischen und historischen Neoinstitutionalismus. Es vergleicht diese Ansätze mit Realismus und Neorealismus, beleuchtet Definitionen, Funktionen und die Wirkung von Institutionen sowie deren Wandel. Institutionen werden als formelle oder informelle Strukturen verstanden, die Verhalten prägen und Identitäten formen. Der Beitrag schließt ab mit einer Gegenüberstellung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten der präsentierten Ansätze sowie ihrer Stärken und Schwächen.

Schlüsselwörter

Rationalistischer Institutionalismus · Soziologischer Institutionalismus · Historischer Institutionalismus · Rationales Design · Theorien internationaler Institutionen · Neoinstitutionalismus · Theorien der Internationalen Beziehungen

M. Kempken (✉)
Berlin, Deutschland

A. Liese
Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland
E-Mail: aliese@uni-potsdam.de

2.1 Einleitung: Theorien internationaler Institutionen

Ziel dieses Kapitels ist es, einige der gängigsten Theorien zur Analyse internationaler Institutionen vorzustellen und anhand empirischer Beispiele zu illustrieren. Der Fokus liegt dabei auf verschiedenen Varianten des Neoinstitutionalismus, die aus den Politik- und Sozialwissenschaften kommend Eingang in die Analyse der internationalen Beziehungen gefunden haben. Dies sind rationalistischer Institutionalismus, soziologischer Institutionalismus und historischer Institutionalismus. Sie nehmen in unterschiedlichem Maß Anleihen aus den Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie und gehen dabei von unterschiedlichen Handlungslogiken aus. Vor allem der soziologische Institutionalismus weist enge Bezüge zu organisationstheoretischen Annahmen auf, während der rationalistische Institutionalismus sich auf Erkenntnisse der Spieltheorie und der Ökonomie stützt. Die drei neoinstitutionalistischen Theorievarianten eint die Annahme, dass Institutionen relevant sind („institutions matter“). Mit dieser Annahme grenzen sie sich von anderen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen (IB) – vor allem vom Liberalismus, Realismus und Neorealismus – ab.

Dieses Kapitel diskutiert die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des rationalistischen, soziologischen und historischen Institutionalismus und stellt diesen Annahmen des Realismus und Neorealismus als dezidierten IB-Theorien gegenüber.

Die Gegenüberstellung orientiert sich an folgenden Leitfragen:

- Wie werden Institutionen definiert und welches Verständnis von Institutionen dominiert in den Analysen der jeweiligen Theorie?
- Warum und wie entstehen Institutionen?
- Wie wirken Institutionen auf die Akteure der internationalen Politik?
- Unter welchen Bedingungen und wie wandeln sich Institutionen, bzw. wann und wie bleiben sie stabil?

Vorab sei darauf hingewiesen, dass die gleich vorzustellenden Theorien keinen deckungsgleichen Institutionenbegriff nutzen. Manche Definitionen verstehen internationale Institutionen als explizite Vereinbarungen, die aus internationalen Verhandlungen resultieren (Koremenos et al. 2001, S. 762). Andere sehen in ihnen die Gepflogenheiten und Gewohnheiten zur Erreichung gemeinsamer Ziele (Bull 1977, S. 71) oder aber die Reproduktion bestehender und ungleicher Machtverhältnisse, Wissensstrukturen und Rollenbilder (u. a. Cox 1981). Somit verwundert es kaum, wenn der Begriff „Institution“ auch in der empirischen Literatur zur Kennzeichnung unterschiedlicher Strukturen oder gar Akteure verwendet wird. Manche verwenden den Begriff synonym für internationale Organisationen, etwa wenn sie

von globalen Finanzinstitutionen sprechen und den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank meinen. Andere verstehen Institutionen als Regime, also als Regelwerke in verschiedenen Bereichen der internationalen Beziehungen (Krasner 1982, S. 186, siehe auch Kap. 4 in diesem Band). Beispiele wären das internationale Regime zum Schutz des Klimas, die Regime zum Schutz einzelner Menschenrechte oder das Welthandelsregime. Es ist aber auch möglich, ein konstitutives Prinzip der internationalen Ordnung, die Souveränität, als Institution zu fassen.

In diesem Beitrag wird der Begriff der Institution als Oberbegriff für verschiedene Typen von Institutionen verstanden (siehe dazu auch Duffield 2007). Somit umfasst der Begriff im Folgenden ein breites Spektrum von informellen Erwartungshandlungen über aus Verhandlungen hervorgegangenen Regelsystemen bis hin zu formellen Prozeduren und Mandaten internationaler Organisationen.

Zudem lassen sich unterschiedliche Funktionen von Institutionen typologisieren. Einigkeit besteht darin, dass Institutionen ökonomisches, politisches und gesellschaftliches Handeln strukturieren. Diese Strukturierung lässt sich sowohl als Verhalten ermöglichend als auch als Verhalten einschränkend auffassen. So definiert Keohane (1989, S. 3) internationale Institutionen als „persistent and connected sets of rules (formal and informal) that prescribe behavioral roles, constrain activity, and shape expectations“. Neben die Funktion der Strukturierung von Handlungen tritt aber auch eine identitätsstiftende Funktion: Institutionen bestimmen die Identität und Zentralität von Akteuren und damit ihre Rollen. Für ein breites Verständnis von Institutionen – also den hier verwendeten Oberbegriff – hat sich daher die Unterscheidung von konstitutiven, regulativen und prozeduralen Funktionen eingebürgert (vgl. etwa Duffield 2007).

Die theoretische Befassung mit der Frage nach der Rolle von Institutionen in den internationalen Beziehungen hat eine lange Tradition. Dabei wandelten sich die Antworten auf diese Frage im historischen Verlauf. Dies hat auch etwas mit den sich wandelnden internationalen Beziehungen zu tun. So steht die Zeit nach 1945 für einen Anstieg der Anzahl internationaler Institutionen, etwa multilateraler Verträge und internationaler Organisationen. Mit dem Ende des Kalten Krieges beginnt eine Stärkung bestehender Institutionen. Auch die globalen Machtverschiebungen spiegeln sich in theoretischen Debatten wider. Ein Beispiel ist die Debatte zwischen (Neo-)Realismus und rationalistischem Institutionalismus über die Rolle von (US-amerikanischer) Hegemonie bei der Entstehung und dem Erhalt von Institutionen, die in der bis heute kontrovers diskutierten Frage nach den Auswirkungen des hegemonialen Niedergangs der USA Widerhall findet. In jüngerer Zeit gewinnen zudem Annahmen zur Infragestellung von Institutionen ebenso wie Theorien der institutionellen Fragmentierung an Bedeutung.

Die folgenden Abschnitte stellen die Kernannahmen der drei Institutionalismen dar. Zudem gehen wir auf wesentliche Weiterentwicklungen ein. Zu betonen ist, dass alle Theorieschulen bis heute die empirisch-analytische Forschung über Institutionen in den IB beeinflussen. Wenngleich der Realismus nicht zu den institutionalistischen Theorieschulen gehört, wird er im Folgenden als Beispiel einer dezidierten IB-Theorie kurz vorgestellt. Zwar bestreitet der Realismus die eigenständige Wirkung internationaler Institutionen, jedoch trifft er sowohl Annahmen zur Entstehung als auch zur fehlenden Robustheit von internationalen Institutionen. So geht der Realismus davon aus, dass globale Machtverschiebungen die institutionelle Ordnung grundlegend verändern. Zum anderen hat sich der Rationalistische Institutionalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren als Gegenspieler zum Realismus etabliert. Der soziologische Institutionalismus entwickelte sich zwar zeitgleich (Stanford School um John Meyer), jedoch dauerte es, bis er für die Analyse internationaler Beziehungen entdeckt wurde. Ähnliches gilt für den historischen Institutionalismus. Nicht unerwähnt lassen möchten wir, dass es auch etliche Beiträge kritischer Theorien der IB gibt, die sich mit internationalen Institutionen befassen. Hierzu zählen feministische Theorien (Montoya 2016) ebenso wie postkoloniale, postmarxistische und poststrukturelle Ansätze (für einführende Überblicksartikel siehe Daddow 2009; Dunne et al. 2016 oder die entsprechenden Kap. 6 und 9 im deutschsprachigen Lehrbuch von Jetschke 2017). Zudem finden verwaltungswissenschaftliche, organisationssoziologische und systemtheoretische Perspektiven Anwendung, vor allem im Hinblick auf internationale Organisationen, als einem zentralen Typ internationaler Institutionen (siehe einleitend da Conceição-Heldt et al. 2015, ausführlich und mit Anwendung Bauer et al. 2017; Koch 2017).

2.2 Realistische IB-Theorien

Realistische Theorien der Internationalen Beziehungen zeichnen ein eher düsteres Bild der Weltpolitik und sind gegenüber internationalen Institutionen eher pessimistisch eingestellt. So fasst John J. Mearsheimer, einer der bekanntesten Vertreter dieser theoretischen Strömung, die Perspektive des Realismus zu internationalen Institutionen wie folgt zusammen:

„Realists maintain that institutions are basically a reflection of the distribution of power in the world. They are based on the self-interested calculations of the great powers, and they have no independent effect on state behavior. Realists therefore believe that institutions are not an important cause of peace. They matter only on the margins.“ (Mearsheimer 1994, S. 7)

Folglich könne man nicht davon ausgehen, dass internationale Institutionen den zwischenstaatlichen Frieden sichern können. Im Gegenteil, mit internationalen Institutionen sei vielmehr ein „leeres Versprechen“ („false promise“) verbunden (Mearsheimer 1994). Dieser Pessimismus gegenüber internationalen Institutionen resultiert aus den theoretischen Grundannahmen realistischer Theorien über das internationale System. So gilt als der Ausgangspunkt des politischen Realismus wie des Neorealismus die Annahme, dass das internationale System durch Anarchie geprägt ist (Morgenthau 1948; Waltz 1979). Damit ist gemeint, dass die Beschaffenheit des internationalen politischen Systems dadurch gekennzeichnet ist, dass es keine hierarchische Herrschaftsordnung gibt. Es gibt im internationalen System zum Beispiel (noch) keinen Weltstaat. Ebenso fehlt eine supranationale Organisation, die über ein globales Gewaltmonopol verfügt und somit in der Lage wäre, Regeln gegenüber Staaten hierarchisch durchzusetzen. Aus diesem Grund vergleichen sowohl Vertreter des politischen Realismus (Morgenthau 1948) als auch des Neorealismus (Waltz 1979) das internationale politische System mit dem Naturzustand, wie ihn Hobbes beschrieben hat (zu den Unterschieden beider Theorien, auch im Hinblick auf die Ursachen der Anarchie, siehe Masala 2006). Wo ein Gewaltmonopol fehlt, herrsche ein Krieg aller gegen alle. Auch das internationale System sei durch einen ständigen Überlebenskampf geprägt. Anders als Hobbes verorten Vertreter*innen des politischen Realismus und des Neorealismus diesen jedoch nicht zwischen einzelnen Individuen und Banden, sondern zwischen den Staaten des internationalen Systems. Denn jeder Staat agiere in permanenter Unsicherheit, da er dauerhaft dem Risiko ausgesetzt sei, dass er im nächsten Moment von einem anderen Staat attackiert werden könnte. Krieg ist für den politischen Realismus und den Neorealismus ein Phänomen, das zum internationalen politischen System dazugehört und jederzeit ausbrechen könnte. Denn realistische Theorien nehmen die offensiv militärischen Fähigkeiten von Staaten in den Blick, die es ihnen ermöglichen, sich gegenseitig zu verletzen und möglicherweise zu zerstören. Aus dieser stetigen Unsicherheit, der sich Staaten im internationalen System ausgesetzt sehen, ergibt sich das Sicherheitsstreben als primäres Motiv von Staaten: Staaten strebten in erster Linie danach zu überleben. Staaten, die sich dem Streben zu überleben entziehen, „(...) will fail to prosper, will lay themselves open to dangers, will suffer“ (Waltz 1979, S. 118). Somit sind Staaten darauf angewiesen, nach Sicherheit zu streben und ihre Konkurrenten zu beobachten, wenn sie denn überleben wollen. Das Streben nach Überleben lässt sich für Staaten im internationalen System vor allem mit einer Machtmaximierung erreichen. Das heißt, umso mächtiger ein Staat im internationalen politischen System ist, desto höher ist die Chance auf sein Überleben. Da das Machtstreben anderer Staaten nur durch ein eigenes Machtstreben ausgeglichen werden kann, kommt es im internationalen poli-

tischen System zum Wettlauf um Macht und dadurch zu steigenden Sicherheitsbedrohungen. John Herz hat hierfür den Begriff des Sicherheitsdilemmas geprägt, den er wie folgt definiert:

„A structural notion in which the self – help attempts of states to look after their security needs tend, regardless of intention, to lead to rising insecurity for others as each interprets its own measures as defensive and measures of others as potentially threatening.“ (Herz 1950, S. 157)

Indem Staaten beispielsweise durch Aufrüstung ihre Sicherheit erhöhen wollen, verunsichern sie gleichzeitig andere Staaten, da diese die Aufrüstung als Bedrohung wahrnehmen. Dementsprechend reagieren die Staaten, die sich bedroht fühlen, ihrerseits mit Aufrüstung, was wiederum den Staat verunsichert, der als Erstes aufrüstete. Daher reagiert auch dieser Staat mit einer erneuten Aufrüstung. Dieses Szenario kann sich dementsprechend durch wechselseitige Reaktionen intensivieren und wird häufig anhand des Wettrüstens im Kalten Krieg illustriert.

Die Gründung von Institutionen und die zwischenstaatliche Kooperation sind gemäß den Annahmen realistischer Theorie nur schwer zu erreichen. Es bestehen einige Kooperationshindernisse. Weil Staaten laut dem Realismus immer befürchten müssen, von anderen Staaten attackiert zu werden und in der Anarchie auch nicht von einer übergeordneten Instanz geschützt werden, können sie sich nicht vertrauen (Mearsheimer 1994, S. 12). Das durch tiefe Unsicherheit generierte Misstrauen macht Kooperation nahezu unmöglich (Waltz 1979, S. 106). Denn welche Garantien gibt es, dass sich Staaten, die in einem Selbsthilfesystem („self-help system“ (Waltz 1979)) agieren und sich folglich selbst am nächsten stehen, an Vereinbarungen oder Verträge halten?

Was die Etablierung und Einhaltung von Institutionen weiter erschwert ist, dass Staaten laut dem Realismus nicht per se an absoluten Gewinnen interessiert seien (Waltz 1979, S. 106; Mearsheimer 1994, S. 12). Vertreter*innen des rationalistischen Institutionalismus betonen die absoluten Gewinne von Kooperation und führen diese als Erklärung für das Zustandekommen von Kooperation an. Das Denken in absoluten Gewinnen ist dadurch gekennzeichnet, dass Staaten sich bei zwischenstaatlichen Kooperationen nur auf die Maximierung der eigenen Vorteile konzentrieren und sich kaum darum sorgen, wie viel Nutzen andere Staaten aus der Kooperation ziehen. Das heißt, dass sich jeder Staat nur insoweit um den Kooperationspartner kümmert, als es dem Erreichen seiner maximalen Gewinne dient (Mearsheimer 1994). Dagegen ist das Denken in relativen Gewinnen dadurch gekennzeichnet, dass jeder Staat bei der Etablierung von internationalen Institutionen nicht nur seine eigenen Kooperationsgewinne bedenkt, sondern auch berücksichtigt, wie viele Vorteile andere Staaten aus der Etablierung der Institution ziehen. Da Staaten in einer realistischen Welt um das Kräfteverhältnis besorgt sind,

denken Staaten bei der Etablierung von internationalen Institutionen in erster Linie an relative Gewinne und nicht an absolute Gewinne (Grieco 1988). Da sich die Gewinne der Kooperationspartner in Macht übersetzen, können zu hohe Gewinne der anderen das Machtgleichgewicht ändern und die relative eigene Position schwächen (Mearsheimer 1994, S. 12).

Der Realismus erachtet Staaten als wichtigste Akteure des internationalen Systems. Als rationale Akteure seien diese darauf bedacht, ihre Machtinteressen durchzusetzen. Folglich werden internationale Institutionen lediglich als Instrumente der mächtigsten Staaten konzipiert (Strange 1982; Krasner 1985). Diese Ansicht des Realismus zu internationalen Institutionen findet sich pointiert in einer Äußerung von Morgenthau zur Rolle und Funktionsweise des internationalen Rechts in der Weltpolitik. So argumentiert er (1948, S. 214):

„Governments ... are always anxious to shake off the restraining influence that international law might have upon their foreign policies, to use international law instead for the promotion of their national interests (...).“

Folglich ist auch die Entstehung von internationalen Institutionen auf die mächtigsten Staaten des internationalen Systems zurückzuführen. Diese gründen internationale Institutionen, um ihre Macht zu sichern oder um sie gar auszuweiten (Mearsheimer 1994, S. 13). Diese Annahme gilt für internationale Verträge und Vereinbarungen ebenso wie für internationale Organisationen. Aus einer realistischen Perspektive werden sie stets als Instrumente der mächtigsten Staaten im internationalen System betrachtet. Vor allem im Falle der Bretton Woods-Organisationen nimmt eine große Anzahl von Vertreter*innen des Realismus an, dass diese beiden Organisationen als verlängerter Arm der mächtigen Staaten fungieren und diesen ermöglichen, ihre geopolitischen Interessen in der Welt zu verfolgen und ihre Macht zu sichern (Thacker 1999; Peet 2003; Babb 2009). Thacker (1999) kommt im Falle des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu dem Entschluss, dass seine Entscheidungen primär auf die politischen Interessen der USA zurückzuführen seien. Vor allem die Entscheidungen des IWFs, an welche Nationalstaaten Gelder ausgezahlt werden und an welche nicht, werden stark vom Interesse der USA mitgeprägt. So benutze die USA den IWF als ein politisches Instrument, um entweder nahestehende Verbündete zu belohnen oder um Staaten zu bestrafen, die gegenüber den USA eher kritisch eingestellt sind. Wade (2002) dagegen argumentiert am Beispiel der Weltbank, dass die USA ihre hegemoniale Stellung innerhalb der Weltbank nutzen, um marktliberale Ideen in der Welt zu verbreiten. Peet (2003) argumentiert, dass sowohl Weltbank und IWF zwar ursprünglich gegründet wurden, um die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu regeln, jedoch beide aufgrund der dominierenden Rolle der USA dazu dienen, eine internationale Wirtschaftspolitik durchzusetzen, welche im Interesse der USA liegt.

Aufgrund der oben geschilderten Hürden braucht es zur Etablierung von internationalen Institutionen einen Staat mit einer hegemonialen Stellung – den sogenannten Hegemon. Dieser muss in der Lage und willens sein, zur Sicherung seiner Interessen und der Interessen der Staatengemeinschaft die Kosten der Regimeentstehung und -aufrechterhaltung zu tragen (siehe unten). Dazu bestimmt er das Design oder das Mandat der internationalen Organisation nach seinen Interessen und sichert sich formale Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten, etwa über besondere Stimmanteile. Nicht nur das institutionelle Design oder das Mandat der internationalen Organisation sind von den Interessen der mächtigsten Nationalstaaten geprägt, sondern auch Prozesse des organisationalen Wandels sind aus einer realistischen Perspektive auf die Interessen oder Forderungen der mächtigsten Nationalstaaten zurückzuführen. So gehen Vertreter*innen realistischer Theorien davon aus, dass jeglicher Wandel des Mandats oder des Designs von internationalen Organisationen auf die Forderungen der mächtigsten Nationalstaaten zurückzuführen sind (Mearsheimer 1994; Gruber 2000; Glennon 2003). Zu einem Wandel von internationalen Institutionen kann es kommen, wenn sich die Interessen der mächtigsten Staaten verändern. Diese Veränderung kann u. a. auf geopolitische Veränderungen oder aber auch auf externe Schocks und Krisen zurückgeführt werden. Beide können zum Beispiel dazu führen, dass die Ziele, die mit Hilfe einer internationalen Institution oder ggfs. einer internationalen Organisation erreicht werden sollten, obsolet werden. Beispielsweise führte das Ende des Kalten Kriegs dazu, dass die USA zur alleinigen Supermacht aufstieg und somit auch die Motive der USA zur Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sich gewandelt haben.

Auch die realistisch geprägte Theorie der hegemonialen Stabilität befasst sich mit der Stabilität und dem Wandel internationaler Institutionen (Kindleberger 1973; Krasner 1976). Die Theorie der hegemonialen Stabilität betont, dass die Etablierung und der Fortbestand von internationalen Institutionen davon abhängig sind, dass es im internationalen System eine hegemoniale Macht gibt, welche durch ihre machtvolle Position im internationalen System in der Lage ist, ihre Präferenzen durchzusetzen und somit für Ordnung im internationalen System zu sorgen. Zum Beispiel argumentiert Kindleberger (1973), dass der wirtschaftliche Abschwung der 1920er-Jahre sich nur deshalb zu einer globalen Wirtschaftskrise entwickelt habe, weil Großbritannien nicht mehr in der Lage und die USA noch nicht willens waren, die Stabilität des internationalen Wirtschaftssystems zu gewährleisten. Kommt es im internationalen System zu einem Wechsel der Hegemonialstellung, verändern sich auch internationale Institutionen, oder es kommt zur Gründung neuer Institutionen. Denn auch die neue hegemoniale Macht nutzt Institutionen, um ihre Präferenzen durchzusetzen, verfolgt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit andere Interessen als der vorherige Hegemon (Xu 2017).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Realismus mit seinem skeptischen Blick auf internationale Institutionen vor allem gut erklären kann, warum Staaten sich aus internationalen Vereinbarungen zurückziehen oder diese erst gar nicht eingehen. Die Blickweise auf internationale Institutionen als Instrument der mächtigsten Staaten des weltpolitischen Systems bietet zudem eine Erklärungsmöglichkeit, um das Handeln und die Wirkungsweise von internationalen Organisationen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds zu verstehen. Eine der Schwächen des Realismus in Bezug auf die Analyse internationaler Institutionen ergibt sich daraus, dass der Realismus – im Gegensatz zu den verschiedenen Varianten des Institutionalismus – keine Theorie ist, welche die Analyse internationaler Institutionen explizit zum Gegenstand hat. Daraus folgt, dass sich der Realismus vergleichsweise wenig mit dem Wirken und den Mechanismen von internationalen Institutionen auseinandergesetzt hat.

2.3 Rationalistischer Institutionalismus

Der rationalistische Institutionalismus teilt die pessimistische Sicht des Realismus auf internationale Institutionen nicht. Vielmehr begreift der rationalistische Institutionalismus internationale Institutionen als Hilfsmittel, wenn Staaten durch Kooperation gemeinsame Ziele verwirklichen wollen. Dementsprechend entwickelte sich der rationalistische Institutionalismus in den 1980er-Jahren in der Debatte der Internationalen Beziehungen zum großen Gegenspieler des Realismus. So zeigte der rationalistische Institutionalismus, dass Institutionen trotz der Schwächung der hegemonialen Stellung der USA in den 1980er-Jahren weiterhin für Ordnung und Stabilität sorgten und sich als vergleichsweise robust erwiesen (Keohane 1984; Snidal 1985).

Obwohl der rationalistische Institutionalismus als wesentlicher Gegenpol realistischer Theorien in den IB gilt, teilt er mit diesen einige wesentliche Grundannahmen. Die erste zentrale Gemeinsamkeit zwischen beiden Theorien ist die Annahme der Anarchie. Beide Theorien gehen davon aus, dass das internationale System durch Anarchie – also das Fehlen einer zentralen Ordnungsinanz – geprägt ist. Während der Realismus daraus folgert, dass Staaten zur Selbsthilfe verdammt sind, schreibt der rationalistische Institutionalismus internationalen Institutionen eine eigenständige Ordnungsfunktion zu. Institutionen gelten entsprechend als dauerhafte Regeln und Praktiken, die Verhaltensrollen vorgeben, Handlungen einschränken und Erwartungen formen (Keohane 1989, S. 3). Indem sie Regeln für die zwischenstaatliche Interaktion aufstellen, schaffen sie mittelfristig Erwartungsverlässlichkeit. Zudem reduzieren sie Kooperationshindernisse.

Eine zweite Gemeinsamkeit ist die Prämisse, dass Staaten die zentralen Akteure im internationalen System sind. Zudem werden Staaten als rationale Akteure konzipiert, deren Ziel es ist, ihren individuellen Nutzen zu maximieren. Vor dem Hintergrund dieser Grundannahmen versucht der rationalistische Institutionalismus zu erklären, warum Staaten als rationale Akteure trotz vielfacher Kooperationshindernisse mit anderen Staaten kooperieren und Institutionen schaffen, die eine eigenständige Wirkung entfalten. Das Argument des rationalistischen Institutionalismus lautet, dass die Interdependenzen zwischen Staaten im internationalen System immer ausgeprägter werden und Staaten in der Folge ein gemeinsames Interesse an zwischenstaatlicher Kooperation entwickeln (Keohane 1984). Die Motivation für die zwischenstaatliche Kooperation durch internationale Institutionen ist funktional: Staaten erachten diese als vorteilhaft, weil sie der Verwirklichung ihrer Interessen dienen. Institutionen erleichtern Kooperation, indem sie die größten Kooperationshürden abschwächen: hohe Transaktionskosten und den Anreiz zum Trittbrettfahren oder zum Betrug. In der Regimeanalyse bezeichnen Transaktionskosten die Kosten, die bei der Aushandlung von Regeln und der Kontrolle und Durchsetzung ihrer Einhaltung entstehen. Da Institutionen einen dauerhaften Verhandlungsrahmen bereitstellen und die Kosten der Informationsbereitstellung und Überwachung durch Zentralisierung minimieren, werden die Transaktionskosten für den einzelnen Staat gesenkt. Der Anreiz zum Trittbrettfahren besteht darin, dass Staaten vom Gewinn kollektiven Handelns profitieren (bspw. saubere Umwelt), selbst wenn sie durch ihr eigenes Handeln nicht dazu beitragen. Dieses Phänomen ist auch als Tragik des Allgemeinguts oder als „Allmendenproblematik“ (Hardin 1968) bekannt:

„Whenever one person cannot be excluded from the benefits that others provide, each person is motivated not to contribute to the joint effort, but to free-ride on the efforts of others. If all participants choose to free-ride, the collective benefit will not be produced.“ (Ostrom 1990, S. 6)

Internationale Institutionen können, etwa wenn sie mit Überwachungskompetenzen ausgestattet sind oder Regeln zur Umverteilung kollektiver Überwachungskosten aufstellen, das Trittbrettfahren erschweren bzw. verteuern. Da sie über die Reputation regelbrüchiger wie verlässlicher Staaten (mit)bestimmen, können sie es regelbrüchigen Staaten erschweren, in der Zukunft Kooperationspartner zu finden. Dies wiegt umso schwerer, je mehr Regime einzelne Bereiche miteinander verknüpfen. Des Weiteren decken Institutionen regeluntreues Verhalten auf und ermöglichen dadurch Bestrafungen durch die anderen Mitglieder. Indem sie Kosten-Nutzen-Kalkulationen verändern, steuern oder lenken Institutionen staatliches Handeln, auch wenn sie gemäß den Annahmen des rationalistischen Institutionalismus nicht die Interessen der Staaten verändern (siehe dazu den soziologischen Institutionalismus).

Das sogenannte Gefangenendilemma ist ein bekanntes Modell, das herangezogen wird, um eine zentrale Hürde für zwischenstaatliche Kooperation zu verdeutlichen (Keohane 1984, S. 67–84; Zürn 1992). Häufig wird es genutzt, um die Problematik des Rüstungswettlaufs zwischen den USA und der UdSSR während des Kalten Kriegs zu erläutern. An diesem spieltheoretischen Modell lässt sich zudem verdeutlichen, welchen Beitrag Institutionen leisten, um Kooperation unter den Bedingungen der Anarchie zu ermöglichen. Im Modell müssen zwei Akteure entscheiden, ob sie miteinander kooperieren oder nicht: Zwei verdächtige Bankräuber werden geschnappt und getrennt von der Polizei befragt. Leugnen beide (Kooperation), so erwartet sie nur eine geringe Strafe, da die Polizei ihnen den Raub nicht nachweisen kann. Gestehen beide, so erwartet sie eine mittlere Strafe. Verhält sich einer kooperativ und schweigt bzw. leugnet, wird aber vom anderen „verpiffen“, so erwartet den Ersten eine hohe Strafe wegen des Raubes und des Leugnens, der Zweite erhält eine Strafmaßreduktion, weil er der Polizei bei der Aufdeckung geholfen hat. Somit ist der Anreiz zur Nichtkooperation (niedrigeres Strafmaß) für jeden individuell höher als der Anreiz für die Kooperation. Da sich zudem keiner sicher sein kann, dass der andere in der getrennten Befragung nicht mit der Polizei zusammenarbeiten wird und einen „verpfeift“ (was das individuell schlechteste Ergebnis mit sich führen würde), wählen beide ein individuell rationales Verhalten, das ihnen aber das gemeinschaftliche beste Ergebnis (kollektives Optimum) verwehrt. Sie gestehen beide und erhalten die mittlere Strafe.

Die Regimetheorie hat nun ausgearbeitet, dass sich die fehlende Erwartungssicherheit durch Absprachen, Spielwiederholungen (mit offenem Ende) und reziprokes Verhalten kompensieren lässt. Das kollektive Optimum ist möglich: Vereinbaren die Gefangenen von vornherein, miteinander zu kooperieren, so wird Kooperation (Leugnen) in der Wiederholungssituation belohnt. Bricht einer aus der Kooperation aus, so muss er im Gegenzug damit rechnen, im Wiederholungsfall selbst das Opfer der fehlenden Kooperation seines Partners zu werden. Der sogenannte Schatten der Zukunft ermöglicht auf diese Weise langfristige Kooperation.

Somit verlagern Staaten Ressourcen auf Institutionen, wenn sie sie als nützlich ansehen und den Staaten die Möglichkeit geben, ihre nationalen Interessen zu sichern. In der Literatur wurden verschiedene Funktionen und Vorteile zwischenstaatlicher Kooperation durch internationale Institutionen ausführlicher erörtert:

- *Reduktion von Transaktionskosten:* Keohane zieht das ökonomische Konzept des Marktversagens heran, um zu zeigen, dass die Zusammenarbeit von Staaten rein nach Bedarf, also quasi die „Marktlösung“, nicht zu effizienten Ergebnissen führt. Die Existenz von Transaktionskosten, wie Informations- und Organisationskosten, führe dazu, dass die Akteure nicht das Ergebnis erreichen, das sie unter Bedingungen des vollkommenen Marktes erreichen sollten. Sie

bleiben also unter ihren Möglichkeiten. Internationale Regime, die Informations- und Organisationskosten reduzieren, können daher bei der Überwindung von (teilweisem) Marktversagen helfen (Keohane 1982, S. 334–338).

- *Effizienzgewinne*: Ein Hauptvorteil der Etablierung von internationalen Institutionen ist deren Effizienz. Vor allem internationale Organisationen verfügen häufig über Spezialwissen oder andere kognitive und administrative Ressourcen, um bestimmte Aufgaben routinemäßig auszuführen. Zum Beispiel delegieren Staaten die Planung und Durchführung von Friedenssicherungsmissionen an die Vereinten Nationen, weil dies effizienter ist als eine individuelle Planung in allen Verteidigungsministerien (Dijkstra 2012).
- *Monitoring und Streitschlichtung*: Internationale Institutionen können nicht nur neue Normen und Regeln in der Weltpolitik etablieren, sondern sie überwachen auch deren Einhaltung und sprechen zum Teil sogar Sanktionen bei etwaigen Regelverletzungen aus. Dadurch lindern sie das Trittbrettfahrerproblem.
- *Management unvollständiger Verträge*: Hohe Transaktionskosten verhindern in der Regel, dass Staaten umfassende Verträge entwickeln (Williamson 1975). Solche „unvollständigen Verträge“ (Hart 1988) müssen dann im Laufe der Zeit neu ausgehandelt werden. Die Übertragung an internationale Organisationen und internationale Gerichte ermächtigt letztere, fehlende, aber notwendige Angaben zu ergänzen und Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu entscheiden.

Mittlerweile wird das internationale System von einer stetig wachsenden Anzahl internationaler Institutionen bevölkert. Allein im Bereich des internationalen Umweltschutzes gibt es mehr als zweihundert Regime (Oberthür und Gehring 2004, S. 247). Im Jahre 2013 wurden 2406 multilaterale Verträge und 266 internationale Organisationen gezählt (Faude 2015, S. 12). Das internationale System ist somit durch eine hohe „institutionelle Dichte“ (Zürn 1998, S. 84). geprägt. Vertreter*innen der Regimekomplex-Perspektive haben infolgedessen darauf aufmerksam gemacht, dass diese hohe Dichte an internationalen Institutionen zum einen zu einer funktionalen Überlappung der Institutionen führt, d. h., dass mehrere internationale Institutionen das gleiche Problem adressieren und auch die gleichen staatlichen Mitglieder haben (Hofmann 2011). Der Ansatz der Regimekomplexe (siehe auch Kap. 5) untersucht hier, wie internationale Institutionen sich wechselseitig hinsichtlich ihrer Entwicklung und Wirksamkeit beeinflussen können (Gehring und Oberthür 2008). So wird betont, dass die hohe Dichte an internationalen Institutionen zu einem Wettbewerbsdruck zwischen Institutionen führt und eine Ausdifferenzierung bzw. eine Arbeitsteilung zwischen internationalen Institutionen die Folge ist (Faude 2015). Zum anderen ermöglicht diese hohe Dichte an internationalen Institutionen den Akteuren der Weltpolitik einen strategischen

Umgang mit den Institutionen (Busch 2007; Helfer 2009; Morse und Keohane 2014). Beispielsweise ermöglicht eine institutionelle Überlappung den Staaten Vorteile durch das Ausnutzen nebeneinander bestehender Zuständigkeiten („forum-shopping“). Ursprünglich bezeichnet „forum-shopping“, die Wahl des für den Kläger günstigsten Gerichts im Falle der möglichen Austragung eines rechtlichen Konfliktes vor verschiedenen Gerichten (Helfer 1999; Busch 2007). Für Staaten ergibt sich etwa die Möglichkeit, den internationalen Streitschlichtungsmechanismus auszuwählen, der dem Staat die größten Aussichten auf Erfolg bietet. Ein weiterer strategischer Umgang mit internationalen Institutionen bietet das „forum-shifting“. Helfer (2004, S. 14) definiert forum-shifting als „an attempt to alter the status quo ante by moving treaty negotiations, lawmaking initiatives, or standard setting activities from one international venue to another.“ Das Ziel dieser Verschiebungen zwischen den verschiedenen internationalen Institutionen ist es, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Vertreter*innen des rationalistischen Institutionalismus zeigen nicht nur, dass zwischenstaatliche Kooperationen durch internationale Institutionen trotz eines anarchisch strukturierten weltpolitischen Systems zu Stande kommen. Sie beobachten auch, dass das internationale System durch eine Vielzahl von Institutionen geprägt ist und diese Institutionen sich in ihrer Struktur aber auf radikale Weise unterscheiden (Abbott und Snidal 1998; Koremenos et al. 2001). So gibt es auf der einen Seite globale Institutionen, die nahezu allen Staaten offenstehen und auf der anderen Seite regionale Institutionen, die nur bestimmte Staaten repräsentieren. Darüber hinaus gibt es Institutionen, in denen die Entscheidungsbefugnisse gleich verteilt sind und jeder Staat eine gleiche Stimme hat und wiederum andere mit gewichteten Stimmen und Supermajoritäten. Die Vertreter*innen des rationalistischen Institutionalismus argumentieren nun, dass Staaten rationale Akteure sind und das Mandat, die Mitgliedschaft und die Entscheidungskompetenzen in internationalen Institutionen so festlegen, dass die internationalen Institutionen dazu beitragen, dass Staaten ihre Ziele erreichen. Internationale Institutionen dienen somit den Zielen der Staaten, und das rationale Design einer internationalen Institution ist darauf ausgerichtet, dass diese Ziele möglichst effektiv erreicht werden. Koremenos et al. (2001) konzentrieren sich auf fünf Schlüsseldimensionen des institutionellen Designs, in denen Institutionen variieren können: Mitgliedschaft, die Reichweite der Politikfelder, der Grad an Zentralisierung, die Entscheidungsabläufe und die Flexibilität der Arrangements. Diese Merkmale werden mit verschiedenen Koordinationsproblemen, wie zum Beispiel Verteilungsproblemen oder der Ungewissheit darüber, wie andere Akteure handeln könnten, in Bezug gesetzt. Dies erlaubt es, zu prüfen, inwieweit der Umfang der Mitgliedschaft mit dem Ausmaß des Verteilungsproblems zusammenhängt.

Eine andere Möglichkeit, institutionelle Merkmale zu erfassen, bietet das Konzept der Verrechtlichung (engl. legalization, Abbott et al. 2000). Es bezieht sich auf eine bestimmte Reihe von Merkmalen, die Institutionen besitzen können. Diese Merkmale werden in drei Dimensionen unterteilt: Verpflichtung, Präzision und Delegation (Abbott et al. 2000, S. 401). Die Dimension Verpflichtung erfasst den Grad der Verbindlichkeit einer Regel. Unter der Dimension Präzision wird der Grad der Eindeutigkeit in der Definition des erforderlichen Verhaltens verstanden, während die Dimension der Delegation erfasst, ob Dritten die Befugnis eingeräumt wird, die Regeln umzusetzen oder zu interpretieren und ob Dritte Streitigkeiten schlichten können. Die Forschung beobachtet den Trend einer zunehmenden Verrechtlichung in vielen Themenbereichen der internationalen Beziehungen. Internationale Regime haben sich entlang der drei Dimensionen erweitert. Ob dieser Trend sich derzeit fortsetzt oder im Rahmen einer Krise des Multilateralismus umkehrt, ist noch unklar.

Auch die Prinzipal-Agent-Theorie als eine besondere Spielart des rationalistischen Institutionalismus geht davon aus, dass Staaten rationale Akteure sind, die bestimmte Kompetenzen an Agenten (zum Beispiel internationale Organisationen) delegieren, damit diese Koordinierungsprobleme für die Prinzipale lösen. Im Gegensatz zu anderen theoretischen Strömungen des rationalistischen Institutionalismus hat die Prinzipal-Agent-Theorie aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass internationale Organisationen nicht nur als Instrumente oder als Verhandlungsarenen für Staaten dienen, sondern dass internationale Organisationen eine gewisse Teilautonomie aufbauen können und den Interessen der Staaten zuwider handeln können (Hawkins et al. 2006; Conceição-Heldt da 2010, 2013). In der Prinzipal-Agent-Beziehung übernehmen die Mitgliedsstaaten einer internationalen Organisation die Rolle des Prinzipals und die internationale Organisation bzw. deren Bürokratie die Rolle des Agenten. Wenn eine internationale Organisation unabhängig agiert, wird dies normalerweise als problematisch angesehen. In der Literatur wird hierfür der Begriff „agency slack“ verwendet. Dieser beschreibt ein autonomes Verhalten des Agenten, welches nicht im Einklang mit den Interessen des Prinzipals steht (Hawkins et al. 2006, S. 8). Dieser agency slack gilt als problematisch, da er die anfängliche Kosten-Nutzen-Rechnung des Prinzipals maßgeblich verändern kann. Kiewiet und McCubbins (1991) zeigen auf, dass der Prinzipal bei der Delegation von Autorität grundsätzlich mit drei speziellen Schwierigkeiten konfrontiert ist: Erstens kann der Agent Informationen verstecken, die ihm schaden und dem Prinzipal helfen. Zweitens kann der Agent hinter dem Rücken des Prinzipals Handlungen durchführen, die der Prinzipal bei Kenntnisnahme sanktionieren würde. Drittens befindet sich der Prinzipal im Madison's Dilemma, d. h., dass das Bedürfnis des Prinzipals, Autorität zu delegieren, dazu führen kann, dass der Agent Macht erhält und diese gegen den Prinzipal einsetzen kann. Dadurch, dass die Interessen des Prinzipals und

die des Agenten niemals deckungsgleich sind, besteht immer die Möglichkeit eines „agency slippage“. Für die Prinzipal-Agent-Theorie steht nun im Vordergrund, wie die Staaten die Kontrolle über internationale Organisationen zurückgewinnen können (Hawkins und Jacoby 2006). Conceição-Heldt da (2013) zeigt am Beispiel der EU-Kommission und der US-amerikanischen Handelsvertretung in der Doha-Runde, dass der Spielraum für agency slack durch die Genauigkeit des Delegationsmandats verkleinert wird. Im genannten Fall erteilten die Prinzipale der EU-Kommission als Agenten ein auf Ermessensspielraum basierendes Verhandlungsmandat, d. h. sie spezifizierten nicht, wie weit mögliche Konzessionen gehen sollten. Dagegen wurde das Delegationsmandat der US-amerikanischen Handelsvertretung genau festgelegt, sodass es hier nicht zum agency slack kam.

Wie weiter oben ausgeführt wurde, hängt die Bildung von internationalen Institutionen davon ab, ob Staaten gemeinsame Interessen haben, die sie durch die Etablierung internationaler Institutionen erreichen können. Der Ansatz des sogenannten Two-Level Game macht nun darauf aufmerksam, dass es bei der Etablierung internationaler Institutionen verschiedene Ebenen der Verhandlung gibt (Putnam 1988; Zangl 1999). So finden Verhandlungen, die im Zentrum des Interesses dieses Ansatzes stehen, stets auf zwei Ebenen statt: international und national. Auf der internationalen Ebene verhandeln Staaten miteinander über die Ziele, Inhalte, den Verpflichtungsgrad und mögliche Durchsetzungsinstrumente eines Vertrages oder einer Übereinkunft. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind die 25. Weltklimakonferenz (United Nations Framework Convention on Climate Change, 25th Conference of the Parties, kurz COP 25), die vom 2. bis 13. Dezember 2019 in Madrid stattfand oder die Berliner Libyen-Konferenz vom Januar 2020. Hier verhandeln Staaten untereinander, wie sie frühere Abkommen (Kyoto-Protokoll und Abkommen von Paris) umsetzen oder wie sie eine Waffenruhe in Libyen sichern wollen. Gleichzeitig, wie der Zwei-Ebenen-Ansatz betont, finden in den Staaten, die an internationalen Verhandlungen teilnehmen, auf nationaler Ebene Aushandlungsprozesse statt, die bestimmen, welche Position die Staatenvertreter auf internationaler Ebene einnehmen sollen und zu welchen Kompromissen sie bereit sein können.

„Statesmen are typically trying to do two things at once; that is, they seek to manipulate domestic and international politics simultaneously. Diplomatic strategies and tactics are constrained both by what other states will accept and by what domestic constituencies will ratify. Diplomacy is a process of strategic interaction in which actors simultaneously try to take account of and, if possible, influence the expected reactions of other actors, both at home and abroad.“ (Moravcsik 1993, S. 15)

Der Umstand, dass die Verhandlungen auf zwei verschiedenen Ebenen geführt werden, erschwert die Bildung internationaler Institutionen, weil es zu einer

Überlappung der internationalen und nationalen Präferenzen kommen muss. In der Regel gibt es nicht nur ein einziges mögliches Kooperationsergebnis, von dem alle beteiligten Staaten profitieren würden, sondern eine Menge von allseits akzeptablen und damit möglichen Verhandlungsergebnissen. Diese von allen Staaten akzeptierten Verhandlungsergebnisse werden auch „win-sets“ genannt. Das bedeutet, dass zwischenstaatliche Kooperation nur möglich ist, wenn sich die win-sets der Akteure überlappen. Je größer dabei das win-set ist, umso größer ist die Chance erfolgreicher Verhandlungen. Win-sets beziehen sich auf die Reihe von Vereinbarungen, die auf nationaler Ebene ratifiziert werden können. Nach Putnam (1988) wird die Größe des win-sets von Faktoren wie Präferenzen und Koalitionen, staatliche politische Institutionen und von den Strategien des Verhandlungsführers auf internationaler Ebene beeinflusst.

Eine der Stärken des rationalen Institutionalismus ist sicherlich, dass dieser gerade im Vergleich zum Realismus ein genaueres Bild über die Mechanismen und Wirkungsweisen von internationalen Institutionen bietet. So gelingt es dem rationalen Institutionalismus, die regulativen Effekte von internationalen Institutionen (z. B. durch das Setzen von Anreizen oder Sanktionen) auf das politische Handeln von Akteuren aufzuzeigen. Eine Schwäche des Ansatzes ist darin zu sehen, dass dieser die Dysfunktionalitäten von internationalen Institutionen nicht erklären kann (siehe dazu historischer und soziologischer Institutionalismus), d. h. er bietet keine Erklärung dafür, warum Institutionen fortbestehen, wenn sie für die Akteure des weltpolitischen Systems keinen funktionalen Nutzen (mehr) erbringen. Auf diese Frage bietet aber der soziologische Institutionalismus eine Antwort, welcher im nächsten Abschnitt vorgestellt wird.

2.4 Soziologischer Institutionalismus

Auch der soziologische Institutionalismus geht dem Einfluss und der Wirkung von Institutionen auf die internationale und nationale Politik nach. Im Unterschied zu den beiden anderen Spielarten des Institutionalismus betont der soziologische Institutionalismus die soziale Konstruktion von Institutionen. Ein zentraler Bezugspunkt ist die konstruktivistische Wissenssoziologie von Berger und Luckmann (1967). Diese geht davon aus, dass die soziale Wirklichkeit und alle gesellschaftlichen Regeln und Konventionen sozial konstruiert und durch unsere alltäglichen Erfahrungen geprägt sind. Im Vordergrund steht demnach auch nicht die Frage, wie formale Regelwerke entstehen, sondern wie informale gesellschaftliche Erwartungen entstehen und warum sie als unhinterfragte Prämissen gesellschaftlichen Lebens gelten. So kommen (Powell und DiMaggio 1991, S. 15) zu folgen-

dem Entschluss, dass nicht Werte und Normen, sondern nicht-hinterfragte Skripte (engl. „scripts“) der Stoff sei, aus dem Institutionen gemacht sind.

Der soziologische Institutionalismus wurde Ende der 1970er-Jahre von der sogenannten Stanford School entworfen (Meyer und Rowan 1977; DiMaggio und Powell 1983). Als zentraler Aufsatz des soziologischen Institutionalismus gilt „Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony“ von John W. Meyer und Brian Rowan aus dem Jahr 1977. In diesem organisationssoziologischen Aufsatz betonen die beiden Autoren vor allem die kulturelle Einbettung von Organisationen in eine von Institutionen geprägte gesellschaftliche Umwelt. So argumentieren beide, dass Organisationen sich in der modernen Gesellschaft dadurch auszeichnen, dass sie in einem hoch institutionalisierten Kontext eingebunden sind. Diese Institutionen beinhalten Erwartungen und Vorstellungen darüber, wie moderne Organisationen bzw. Organisationsstrukturen auszusehen haben. Organisationen werden in der Folge dazu angehalten, diejenigen Strukturen mit einzubeziehen, die sich in der Gesellschaft als feste Institutionen etabliert haben und als moderne Lösungen für Organisationen gelten (Meyer und Rowan 1977, S. 340). Diese institutionalisierten Erwartungshaltungen werden auch als Rationalitätsmythen bezeichnet, da ihre tatsächliche Effizienz nicht zwangsläufig nachgewiesen ist und sie häufig nur rituell adaptiert werden. Falls Organisationen diese Rationalitätsmythen aber nicht beachten, werden sie seitens ihrer Anspruchsgruppe als illegitim betrachtet und verlieren deren Unterstützung. Der Erfolg und das Überleben von Organisationen hängen folglich nicht nur von der effizienten Erreichung ihrer Zwecke ab, sondern auch davon, dass Organisationen den Erwartungen ihrer Umwelt entsprechen. Im Gegensatz zu aktorszentrierten und rationalistischen Ansätzen in der Organisationsforschung versteht der soziologische Institutionalismus die Einführung neuer Strukturen in Organisationen also nicht als das Ergebnis rationaler Entscheidungsprozesse mit dem Ziel der Kosten-Nutzen-Maximierung und Lösung kollektiver Probleme, sondern vornehmlich als Anpassung an die Erwartungshaltung aus der Umwelt dieser Organisation.

Bevor wir zentrale Annahmen des Ansatzes vorstellen, sei darauf hingewiesen, dass der Begriff des soziologischen Institutionalismus in den IB uneinheitlich verwendet wird. Vor allem in englischsprachigen Publikationen wird er als Synonym für konstruktivistische IB-Perspektiven genutzt. In seinem Überblick über den Stand der Forschung argumentiert Risse (2003), dass soziologischer Institutionalismus und Sozialkonstruktivismus „erst spät zueinander gefunden haben“, sich aber „im Hinblick auf ihre Grundannahmen“ ähneln.

Wir gehen im Folgenden auch auf den Ansatz der Epistemischen Gemeinschaften (s. u.) ein. Dieser kann zum diversen Feld konstruktivistischer Perspektiven gezählt werden, weil er die Rolle von Ideen und Wissen beim Zustandekommen

men von Interessen betont (Hasenclever et al. 1997, S. 5, 136). Mit dem soziologischen Institutionalismus der Stanford School hat dieser jedoch wenig gemeinsam.

Die Grundannahmen des soziologischen Institutionalismus zur Analyse von Organisationen, haben seit Mitte der 1990er-Jahre beachtliche Resonanz in den Internationalen Beziehungen erfahren. Insbesondere Martha Finnemore (1996b) hat sich in ihrem Artikel „Norms, culture and world politics: insights from sociology’s institutionalism“ intensiv mit den Arbeiten der Stanford School auseinandergesetzt und versucht, die Erkenntnisse der Stanford School auch für die Analyse weltpolitischer Prozesse fruchtbar zu machen. In ihrer Monografie „National interest in international society“ zeigt Finnemore (1996a), dass auch das Verhalten von Staaten nicht nur aus einer funktionalen Logik heraus erklärt werden kann. Staaten sind ebenfalls in eine Umwelt eingebettet und werden von den kulturellen Erwartungen der Umwelt geprägt. So geht Finnemore (1996a) der Frage nach, warum Staaten auf der ganzen Welt Wissenschaftsbürokratien eingerichtet haben, obwohl manche dieser Staaten gar kein entwickeltes Wissenschaftssystem haben und der Nutzen dieser Wissenschaftsbürokratien auf den ersten Blick fraglich erscheint. Die Antwort, die Finnemore gibt, greift den Grundgedanken des soziologischen Institutionalismus auf. Wie andere Organisationsformen sind auch Staaten in eine kulturelle Umwelt von Institutionen eingebettet, welche Erwartungen bereithält, wie ein moderner Staat auszusehen hat. So heißt es bei Meyer et al. (1997): „(...) nation states are modelled on an external culture (...)“. Übertragen auf ihren Fall lautet dies: In den 1950er- und 1960er-Jahren habe sich durch die aktive Rolle der UNESCO eine globale Norm etabliert, welche besagt, dass die Koordinierung der Wissenschaft durch Wissensbürokratien eine unabdingbare Staatsaufgabe ist, die ein moderner Staat zu erfüllen hat. Diese globalen Institutionen, die das Verhalten von Staaten, Organisationen und Individuen prägen, bezeichnet der soziologische Institutionalismus auch als *Weltkultur* (Meyer et al. 1997). Staaten, Organisationen und Individuen müssen diesen Institutionen bzw. Verhaltensstandardisierungen der Weltkultur folgen, um in der Weltöffentlichkeit weiterhin als legitime Akteure angesehen zu werden. Vor allem internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und epistemische Gemeinschaften gelten als Träger dieser Institutionen. Sie setzen sich für die Verbreitung und Einhaltung dieser ein (McNeely 1995; Finnemore 1996a, b; Boli und Thomas 1999). So zeigen Boli und Thomas (1999), dass die Entstehung einer Weltkultur insbesondere mit dem quantitativen Wachstum von internationalen (Nicht-)Regierungsorganisationen seit dem Jahr 1945 zusammenhängt. Dessen ungeachtet gelten internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und epistemische Gemeinschaften in empirischen Analysen nicht nur als Träger, sondern auch als Adressaten der Weltkultur.

Wie wirken diese globalen Institutionen (Normen) auf die Akteure der internationalen Politik? Vertreter*innen des soziologischen Institutionalismus beobachten eine *Isomorphie* in der Staatenwelt, zwischen internationalen Organisationen und weiteren Akteuren der Weltpolitik. Der Begriff der Isomorphie bezeichnet die Angleichung von Akteuren hinsichtlich ihrer formalen Strukturen (Meyer und Rowan 1977; DiMaggio und Powell 1983). So beobachteten Vertreter*innen des soziologischen Institutionalismus, dass nahezu alle Staaten auf der Welt über bürokratische Verwaltungen, über offizielle Gerichte, über eine geschriebene Verfassung oder eben über Wissenschaftsbürokratien verfügen (Finnemore 1996a, b; Meyer et al. 1997; Stichweh 2000). Auch die Forschung zu Menschenrechten zeigt, dass eine globale Ausbreitung von Menschenrechten zu beobachten ist und seit den 1990er-Jahren immer mehr Staaten, auch solche, in denen es zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gibt, dazu bereit waren, sich rituell zu Menschenrechten zu bekennen, also Menschenrechtsverträge zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren (Hafner-Burton und Tsutsui 2005). Folglich sei die universelle Akzeptanz der Menschenrechte Bestandteil der sogenannten Weltkultur (Jetschke 2006, S. 33). Ein Beispiel für eine strukturelle Angleichung zwischen internationalen Organisationen ist dahingehend zu beobachten, dass internationale Organisationen sich in Hinblick auf NGOs und andere nichtstaatliche Akteure öffnen und mehr Partizipation ermöglichen. Der soziologische Institutionalismus würde nun erwarten, dass sich eine neue globale Institution der Global Governance etabliert hat, die ihre Wurzeln u. a. im Völkerrecht und der normativen Demokratietheorie hat (vgl. Liese 2009, S. 201–204; Tallberg 2010). Damit bietet der soziologische Institutionalismus eine nicht-funktionale Erklärung etwa zu rationalistischen Erklärungen des Ressourcenaustauschs (Steffek 2008) an. DiMaggio und Powell (1983) führen die Diffusion bestimmter gesellschaftlicher Institutionen und die daraus folgende Isomorphie auf drei unterschiedliche Mechanismen zurück. Erstens, Isomorphie zwischen Staaten oder Organisationen kann auf den Mechanismus der Imitation zurückgeführt werden. Das heißt, dass sich Staaten und Organisationen bei ihren Entscheidungen an vermeintlich erfolgreichen Akteuren in ihrem Feld orientieren und diese kopieren. Zweitens, Isomorphie kann auf Zwang zurückgeführt werden. Beispielsweise können internationale Organisationen, wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, von ihren Mitgliedsstaaten gezwungen werden, bestimmte gesellschaftliche Institutionen zu adaptieren. Die dritte Quelle für Isomorphie beruht auf Sozialisation. Dieser Mechanismus ist auf Professionalisierungsprozesse und die einheitliche Ausbildung von Berufsgruppen zurückzuführen. Beispielsweise zeigt Chwieroth (2015), wie die Gestaltung der IWF-Konditionalität mit den normativen Orientierungen des IWF-Personals und seiner gemeinsamen Berufsausbildung zusammenhängt.

Nun hat aber gerade auch der soziologische Institutionalismus darauf aufmerksam gemacht, dass die formalen Strukturen einer Organisation oder eben eines Staates nicht mit den tatsächlichen Abläufen übereinstimmen müssen. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Formalstruktur und Aktivitätsstruktur wird als *Entkopplung* (Meyer und Rowan 1977; Meyer et al. 1997, S. 154) oder auch als *organisierte Heuchelei* (Brunsson 1989) bezeichnet. Verschiedene Studien zu internationalen Organisationen und Staaten haben darauf aufmerksam gemacht, dass sich auch die öffentlichen Statements und die formalen Strukturen dieser beiden Akteure häufig von der gelebten Praxis unterscheiden (Krasner 2001; Lipson 2007; Weaver 2008). So zeigen die oben zitierten Forschungen zu Menschenrechten, dass zwar auf der einen Seite eine globale Ausbreitung der Menschenrechte auf der Welt zu beobachten ist, jedoch auf der anderen Seite auch die Anzahl an Menschenrechtsverletzungen angestiegen ist. Das heißt, dass sich immer mehr Staaten offiziell zu den Menschenrechten bekennen, aber auf der „Hinterbühne der Weltpolitik“ diese Menschenrechte wiederum verletzen. Aus diesem Grund sprechen die Forschungsarbeiten zu Menschenrechten von einer „radikalen Entkopplung“ (Hafner-Burton und Tsutsui 2005; Jetschke 2006; Liese 2006). Weaver (2008) zeigt am Beispiel der Weltbank, dass diese zwar in regelmäßigen Abständen ihre Rhetorik und ihre offiziellen Strukturen ändert, um den institutionellen Erwartungen der Umwelt gerecht zu werden, aber sich an der tatsächlichen Praxis der Weltbank – der Kreditvergabe – kaum etwas verändert hat.

Der soziologische Institutionalismus sieht in diesem Prozess der Entkopplung jedoch nicht zwangsläufig eine Pathologie. Es kann für Staaten und Organisationen durchaus „gesund“ sein, auf verschiedene gesellschaftliche Institutionen Rücksicht zu nehmen. Wenn es aber nicht möglich ist, auf miteinander inkompatible Anforderungen gleichzeitig Rücksicht zu nehmen, so ist auch eine Entkopplung „rational“. Dementsprechend bauen Staaten und Organisationen nach außen hin Fassaden auf, die der Umwelt symbolisieren sollen, dass auch auf solche Institutionen Rücksicht genommen wird, die in der Handlung der Organisation (Hinterbühne) gar keine Rolle spielen. Holzer (2006) argumentiert, dass Entkopplungsprozesse in Staaten des globalen Südens häufig darauf zurückzuführen sind, dass globale Beobachter, wie internationale Organisationen oder internationale Nichtregierungsorganisationen, von Staaten im globalen Süden die Eigenschaften moderner Staatlichkeit fordern, obwohl diese Staaten häufig noch nicht über die gesellschaftlichen Voraussetzungen verfügen, um diese Strukturen effektiv zu implementieren. Die Folge ist, dass zwar offiziell moderne Mehrparteiensysteme, bürokratische Verwaltungen usw. etabliert werden, die tatsächliche Praxis dann aber noch häufig von klientelistischen Netzwerkstrukturen dominiert wird. Lipson (2007) greift die Kritik an der UN auf, dass die Umsetzung der Peacekeeping-

Missionen der UN häufig nicht im Einklang mit den eigenen Idealen und Ansprüchen der UN stehen würden. Diese Heuchelei sei laut Lipson aber nicht nur negativ zu bewerten, sondern habe auch positive Effekte für die UN. Denn die organisierte Heuchelei ermögliche es der UN, mit widersprüchlichen Erwartungen aus ihrem Umfeld umzugehen, welche die UN ansonsten handlungsunfähig machen würden. Zudem könnten die Organisationskultur und gesellschaftliche Erwartungen in Widerspruch stehen. Dies befördere die oben beschriebene Entkopplung. So sieht Weaver (2008) den Grund für die „Heuchelei“ der Weltbank darin, dass deren Organisationskultur nur schwer mit den gesellschaftlichen Erwartungen der Umwelt vereinbar ist, aber die Weltbank aufgrund äußeren Drucks die gesellschaftlichen Erwartungen trotzdem aufgreift. Durch den Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Erwartungen der Umwelt und der eigenen Organisationskultur befinde sich die Weltbank in einer Falle, der *Hypocrisy Trap*.

Das Verständnis von Institutionen als dauerhafte gesellschaftliche Erwartungen und Skripte hat dazu geführt, dass Institutionen im soziologischen Institutionalismus lange als statisch und robust galten. Diese Definition hatte wiederum zur Folge, dass sich der soziologische Institutionalismus lange Zeit nicht mit der Entstehung und dem Wandel von Institutionen befasst hat. Bezüglich des Wandels und der Entstehung von Institutionen hat insbesondere das „Paradox des eingebetteten Akteurs“ (Seo und Creed 2002) im soziologischen Institutionalismus erhebliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Mit diesem Paradox ist die Frage verbunden, wie Akteure motiviert und befähigt werden, die vorausgesetzten Strukturen und Normen, die sie definieren sollen, zu transformieren. Diese Diskussion wurde vor allem von DiMaggio (1988) mit seiner Diskussion zum „institutional entrepreneurship“ angestoßen. Das Kernanliegen der Literatur über institutional entrepreneurship sind die Bedingungen und Mechanismen, die es den Akteuren ermöglichen, ihr institutionelles Umfeld aktiv von innen heraus zu gestalten. Diese Ideen zum institutional entrepreneurship spiegeln sich in den IB teilweise auch in den Forschungsarbeiten zu „norm entrepreneurship“ (Finnemore und Sikkink 1998) wider. Normunternehmer sind Einzelpersonen, kleine Gruppen oder Organisationen aus der Politik, der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaftswelt, die sich für ihre Ideen einsetzen, sie global präsentieren und schließlich andere motivieren, sie zu übernehmen.

Eine dem soziologisch-institutionalistischen Konzept des Normunternehmers ähnliche Perspektive bietet das Konzept der epistemischen Gemeinschaften. In der Literatur werden epistemische Gemeinschaften definiert als ein Netzwerk von Fachleuten mit anerkannter Sachkenntnis und Kompetenz in einem bestimmten Bereich und einem maßgeblichen Anspruch auf politikrelevantes Wissen in diesem Themenbereich (Haas 1992, S. 3). Epistemische Gemeinschaften können aus Fachleuten verschiedener Disziplinen bestehen, aber haben alle folgenden Punkte

gemeinsam: Erstens, eine gemeinsame Reihe von normativen und prinzipiellen Überzeugungen, die eine wertebasierte Begründung für das soziale Handeln der Gemeinschaftsmitglieder liefern. Zweitens, gemeinsame kausale Überzeugungen, die als Grundlage für die Aufklärung der vielfältigen Zusammenhänge zwischen möglichen politischen Maßnahmen und gewünschten Ergebnissen dienen. Drittens, gemeinsame Begriffe von Gültigkeit (d. h. Kriterien zum Abwägen und Validieren von Wissen). Und viertens, ein gemeinsames Policy-Anliegen (d. h. eine Reihe gemeinsamer Praktiken, die mit einer Reihe von Problemen verbunden sind, auf die sich ihre Kompetenz bezieht).

Diese epistemischen Gemeinschaften können vor allem zur Schaffung und Erhaltung von internationalen Institutionen beitragen, denn die hohe Komplexität und starke Abhängigkeit der Staaten von den politischen Entscheidungen des jeweils anderen führt zu einer hohen Unsicherheit. Beispiele dafür sind zum einen Unsicherheiten hinsichtlich der Reaktion auf komplexe Probleme (z. B. Verlust der Ozonschicht) und zum anderen Unsicherheiten in Bezug auf die Abwehr von Katastrophen (z. B. nukleare Zerstörung). Diese Unsicherheiten führen wiederum zu einem erhöhten Informationsbedarf im internationalen politischen System (über soziale oder physische Prozesse, Wechselbeziehung mit anderen Prozessen, wahrscheinliche Folgen von Handlungen). Epistemische Gemeinschaften sind nun ein möglicher Anbieter von Informationen und Ratschlägen, um mit diesen Unsicherheiten umgehen zu können. Denn epistemische Gemeinschaften artikulieren die Ursache-Wirkungs-Beziehungen komplexer Probleme, sie rahmen die Themen für die gemeinsame Debatte, sie schlagen spezifische Policy-Richtlinien vor, und sie identifizieren mögliche Verhandlungspunkte.

Ein Beispiel für die Rolle von Wissen bei der Koordinierung von globalen Unsicherheiten und Problemen ist der Schutz des stratosphärischen Ozons (siehe z. B. Haas 1992; Breitmeier 1996). So war die internationale (wissenschaftliche) Gemeinschaft lange unsicher über die Kausalzusammenhänge zwischen menschlichen Handlungen und dem Abbau der Ozonschicht und den möglichen Folgen des (Nicht-) Handelns. Fluorchlorkohlenwasserstoffe und der Abbau der Ozonschicht wurden in den 1970er-Jahren erforscht. Ab Ende der 1980er-Jahre gab es größere, aber nicht vollständige Gewissheit über das Thema. In den achtziger Jahren hatte sich eine transnationale epistemische Gemeinschaft ausgebildet, welche stark in der US-Administration vertreten war. Sie bestand aus Mitarbeitern des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der US-Umweltschutzbehörde und Atmosphärenwissenschaftlern aus der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft (z. B. von NASA und NOAA, Universitäten und Labors). Im Jahre 1985 führten diese Entwicklungen zum Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht. Neue wissenschaftliche

Erkenntnisse, wie die Entdeckung des Ozonlochs, führten jedoch dazu, dass die epistemische Gemeinschaft sich für neue Verhandlungen einsetzte und ein verbindliches Fluorchlorkohlenwasserstoff-Reduktionsregime forderte. Die epistemische Gemeinschaft war in der Lage, einen großen Einfluss auf das US-Positionspapier und auch auf Regierungen weltweit auszuüben. Infolgedessen wurden die Verhandlungen in Genf im April 1987 wiederaufgenommen.

Die große Stärke des soziologischen Institutionalismus liegt darin, dass dieser eine nicht-funktionale Erklärung dafür liefert, warum sich bestimmte gesellschaftliche Institutionen zwischen Staaten, Organisationen und Individuen verbreiten. Nicht selten wird dem soziologischen Institutionalismus jedoch vorgeworfen, dass er zwar die Verbreitung und auch die Stabilität von Institutionen erklären kann, aber Probleme hat, den Wandel von Institutionen zu erklären. So kritisiert Schmidt (2010), dass der soziologische Institutionalismus die Institutionen lediglich als Einschränkung für soziales Handeln betrachte (ähnliches formuliert sie auch für die anderen Neoinstitutionalismen).

2.5 Historischer Institutionalismus

Auch der historische Institutionalismus bietet Antworten auf die Fragen, wie Institutionen Handlungen beeinflussen und welche Wirkung Institutionen in der internationalen und nationalen Politik entfalten. In der vergleichenden Politikwissenschaft tritt er als ebenbürtige dritte Tradition des Neoinstitutionalismus auf (vgl. Hall und Taylor 1996). In den Internationalen Beziehungen zählt er jedoch anders als der rationalistische und der soziologische Institutionalismus häufig nicht als eigener Ansatz. Hier wurden seine Annahmen und Konzepte lange vernachlässigt (Rixen und Viola 2016, S. 4, 6). Dank einiger Überblicke und empirischer Anwendungen (Hanrieder 2014, 2015a; Fioretos et al. 2016; Rixen et al. 2016; Fioretos 2017) etablierte er sich zunehmend in der Analyse der Entwicklung internationaler Organisationen. Die Anwendung auf Organisationen spiegelt das Verständnis des historischen Institutionalismus von Institutionen als formellen Regelwerke und das starke Interesse an ihren regulativen und prozeduralen Funktionen wider. Normen werden hingegen kaum als Institution betrachtet. Mit dem soziologischen Institutionalismus teilt er ein Interesse an (stabilen) Institutionen, deren Prozesse oder Ergebnisse ineffektiv oder suboptimal sind. Diese erklärt er aber nicht mit Entkopplung (s. o.), sondern mit Pfadabhängigkeit (s. u.). Da der historische Institutionalismus utilitaristische Handlungsmotivation nicht ausschließt, kann er aber auch als Brücke zum rationalistischen Institutionalismus

angesehen werden (Hall und Taylor 1996, S. 8). Er unterscheidet sich von beiden aber dadurch, dass er die temporale Dimension von politischen Entwicklungen hervorhebt. So schreibt Fioretos:

„The most distinguishing mark of historical institutionalism is the primacy it accords to temporality – the notion that the timing and sequencing of events shape political processes. In more specific terms, historical institutionalism suggests that timing and sequence contribute to unpredictability (outcomes may vary greatly), inflexibility (the more time passes, the more difficult it is to reverse course), nonergodicity (chance events may have lasting effects), and inefficiencies (forgone alternatives may have been more efficient).“ (Fioretos 2011, S. 371)

Er ist *historisch*, weil er sich sowohl für die Ursprünge einer Institution interessiert als auch für ihre Entwicklung über Zeit. Daraus ergibt sich eine eigenständige Konzeption der stabilisierenden Rolle und Funktion von internationalen Institutionen; zudem werden andere Mechanismen der Wirkung und des Wandels von Institutionen betont. So führt der historische Institutionalismus die Annahme selbstverstärkender Effekte von Institutionen ein, und er erläutert endogene Triebkräfte des Wandels. Somit beleuchtet der historische Institutionalismus Aspekte, welche andere Theorien eher vernachlässigen, etwa die Historizität von Institutionen, die Pfadabhängigkeit von Entscheidungen, die institutionelle Langlebigkeit und die Muster graduellen Wandels.

Über den Status des historischen Institutionalismus besteht angesichts seiner verschiedenen Forschungszweige wenig Einigkeit. Hall und Taylor (1996) sehen ihn als eigenständige neoinstitutionalistische Theorieschule, während Zürn (2016) eher der Brückenmetapher (s. o.) folgt, im besten Fall handele es sich um eine unvollständige Theorie. Hanrieder (2015b) sieht im historischen Institutionalismus eine etablierte Forschungstradition aus der vergleichenden Politikwissenschaft, die langsam in den IB Fuß fasst.

Was sind nun die Effekte formaler (und informeller) Regeln in internationalen Organisationen? Ein zentraler Effekt internationaler Institutionen ist ihre Stabilität. Über Zeit verfestigen sich institutionelle Elemente. Vertreter*innen des historischen Institutionalismus beobachten, dass Regeln und institutionelle Strukturen fortbestehen, auch wenn sie suboptimale oder ineffiziente Ergebnisse produzieren oder nicht zur Lösung globaler Probleme beitragen. Anders als der rationalistische Institutionalismus geht der historische Institutionalismus nicht vom rationalen Design internationaler Regime und Organisationen aus, sondern vielmehr von einer historischen Übereinkunft, die durchaus eine Reaktion auf zufällige oder unvorhergesehene Ereignisse sein kann (s. u.). Die historische Gebundenheit besagt, dass Institutionen das Ergebnis wirtschaftlicher und politischer Konflikte sind. Das

heißt auch, dass das institutionelle Design die Interessen der (mächtigen) Staaten zur Zeit ihrer Gründung spiegelt. Somit weist der historische Institutionalismus darauf hin, dass Institutionen Machtpositionen verfestigen und Machtressourcen freisetzen. Die durch Institutionen generierten Effekte der Selbstverstärkung ermöglichen es, zu erklären, warum sich funktional ähnliche Institutionen in ihrem Design unterscheiden. Prominentes Beispiel sind die unterschiedlichen Typen der Wohlfahrtsstaaten oder, im Bereich der IB, das Beispiel der eigentümlichen Regionalisierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ebenso lässt sich erklären, warum Institutionen hohem Reformdruck trotzen. Ein Beispiel ist der Sicherheitsrat (s. u.).

Pfadabhängigkeit ist ein Kernkonzept des historischen Institutionalismus (einen verständlichen Überblick bietet Werle 2007). Es fußt auf der Erkenntnis, dass Ereignisse und Entscheidungen historisch eingebettet sind. Vergangene Entscheidungen – und seien sie historischen Zufällen geschuldet – beeinflussen spätere Entscheidungen, die dem eingeschlagenen Pfad folgen. Denn sie führen durch Institutionalisierung und positive Selbstverstärkung zum Ausschluss anderer Optionen in der Zukunft. Gegenwärtige Entwicklungen sind damit stets das Ergebnis der handlungsstrukturierenden Wirkung von Institutionen früheren Ursprungs.

Zurückgeführt wird das Konzept meist auf die Wirtschaftswissenschaftler William Brian Arthur und Paul Allan David. Arthur (1994) zeigte, dass sich von mehreren Alternativen nicht notwendigerweise die effizientere durchsetzt. Dies führt er auf „increasing returns“ zurück, also darauf, dass die Vorteile der Nutzung einer Technologie oder eines Produkts mit der Zeit zunehmen. Dadurch verteuern sich aber die Kosten eines Ausstiegs oder Wechsels und zwar auch dann, wenn dieser grundsätzlich plausibel erscheint. Dies sei u. a. dann der Fall, wenn sich anfängliche (hohe) Startkosten über Zeit durch hohe Stückzahlen amortisieren oder sich anfängliche Koordinationskosten durch das Treffen gleichartiger Entscheidungen durch unterschiedliche Akteure auszahlen. Auf diese Weise werden Institutionen selbstverstärkend. Sie verstärken sich aus sich heraus, also aufgrund von Faktoren, die der Institution innewohnen bzw. endogen sind. In der Politik finden sich sogar noch bessere Bedingungen für veränderungsresistente Institutionen, da Effizienzerwägungen eine geringere Rolle spielen und weniger Wettbewerbsdruck besteht (Pierson 2000). Die Logik der Pfadabhängigkeit ist übertragbar: Auch hier passen sich Erwartungen an, auch hier gehen hohe Kosten der Institutionenbildung voraus. Hinzu kommt, dass Institutionen Akteure mit Macht ausstatten, die diese nutzen, um Reformen zu verhindern.

David (1985) illustriert das Konzept am Beispiel der Tastaturbelegung für lateinische Buchstaben auf der Schreibmaschine, die in der oberen Buchstabenreihe von links aus gelesen mit QWERTY (im deutschen Sprachraum QWERTZ) beginnt. Häufig vorkommende Buchstaben sollten nicht zu eng beieinanderliegen,

damit die Tasten bei hoher Tippgeschwindigkeit nicht blockieren. Ursprünglich für Schreibmaschinen entwickelt, avancierte die Anordnung zum Standard und behielt diesen Status bei der Umstellung auf Computertastaturen bei, obwohl es schreibergonomischere Alternativen gegeben hätte (bzw. dies behauptet wurde). David erklärt die Pfadabhängigkeit dieser hardware mit der Entwicklung von software und den Lerneffekten, die sich aus der Nutzung der Schreibmaschinen ergaben: Unter anderem sorgten Schulungen im Schnellschreiben dafür, dass die Tastenanordnung standardisiert wurde.

Ein Paradebeispiel für eine pfadabhängige Institution der internationalen Politik ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Er trotzt der Kritik an seiner unzeitgemäßen Zusammensetzung und damit nicht legitimen Repräsentationsstruktur: die Anzahl der Sitze, die Vertretung der Regionen und das Vetorecht für die ständigen Mitglieder bestehen seit Gründung bis heute fort. Es lässt sich an diesem Beispiel eingängig aufzeigen, dass frühe Entscheidungen zu einer Verriegelung (engl. *lock-in*) führten. Hosli und Dörfler (2019, S. 38–39, 44) argumentieren, dass der Sicherheitsrat bewusst als widerständige und damit Stabilität sichernde Institution gegründet wurde. Diese sollte nicht nur staatliche Souveränität bewahren, sondern auch die besondere Verantwortung der (damaligen) Großmächte für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit. Entsprechend hohe Anforderungen stellt die Charta für Veränderungen hinsichtlich der Größe, Zusammensetzung und Mehrheitsregeln im Sicherheitsrat auf: Jede Änderung müsste von jedem der fünf ständigen Mitglieder ratifiziert werden, zudem besteht eine hohe Hürde darin, dass zwei Drittel der Mitgliedstaaten in der Generalversammlung zustimmen und anschließend die Änderung ratifizieren müssen. Den Sicherheitsrat betreffend, wurde diese Hürde bislang nur überwunden, um die Zahl der nichtständigen Mitglieder von sechs auf zehn zu erhöhen. Wie Hosli und Dörfler zeigen, führte der starke Anstieg in der Zahl der Mitglieder der Vereinten Nationen dazu, dass die Wahrscheinlichkeit, diese Hürde zu nehmen, über Zeit deutlich gesunken ist.

Der historische Institutionalismus lässt sich, wie bereits deutlich wurde, besonders gut nutzen, um die Langlebigkeit und das Beharrungsvermögen von Institutionen zu erklären. Wandel ist damit aber nicht ausgeschlossen. Wandel wird als Ergebnis exogener oder endogener Prozesse gefasst, die im Folgenden beschrieben werden.

Der historische Institutionalismus bezeichnet den Moment, der bestehende Institutionen verändert und/oder zur Etablierung neuer Institutionen führt, als kritischen Zeitpunkt (engl. *critical juncture*). Abrupte, tiefgreifende Veränderungen sind somit zu gewissen Zeitpunkten möglich. Sie sind Folge exogener Schocks, also nicht innerhalb der Institution angelegter Entscheidungen oder Ereignisse, die

bestehende institutionelle Arrangements aufbrechen und neue Pfade ermöglichen. Beispiele sind Kriege oder wirtschaftliche und soziale Krisen. Auch die historischen Gründungs Momente internationaler Organisationen, nach 1918 und nach 1945, zählen als kritische Zeitpunkte.

Eine zweite Form des Wandels ist gradueller Wandel. Dieser ist eher endogen, also aus der Institution verursacht. Streeck und Thelen (2005) beschreiben fünf solcher Muster:

Gradueller Wandel

- Umbau (conversion): Die Form der Institution bleibt stabil, es wandeln sich ihre Zwecke. Beispiel: Wandel der NATO vom kollektiven Verteidigungsbündnis zu einem System kollektiver Sicherheit.
- Erschöpfung (exhaustion): Entscheidungen oder Regeln der Institution lösen selbstuntergrabende Effekte aus. Im Extremfall Verfall der Institution.
- Ablösung (displacement): Etablierte Institutionen oder institutionelle Elemente werden durch vormals untergeordnete ersetzt.
- Schichtung (layering): Aufgrund scheiternder oder unzureichender Reformen wird einer bestehenden Institution eine neue hinzugefügt.
- Abwandern (drift): Eine Institution behält ihre Form, angesichts eines veränderten Umfelds verliert sie aber ihren regulativen Effekt.

Quelle: Streeck und Thelen 2005, S. 19–27

Ein Beispiel für eine Anwendung des historischen Institutionalismus auf internationale Institutionen sind die Analysen von Tine Hanrieder zur Weltgesundheitsorganisation (WHO). Deren eigentümlich starke Regionalisierung – es bestehen sechs quasi-autonome Regionalorganisationen – gilt als Ursache für die geringe Effektivität vor Ort, mangelnde Rechenschaftslegung gegenüber Prinzipalen und das Scheitern wichtiger Initiativen, etwa bei der Malaria bekämpfung (Hanrieder 2015b, S. 216–217). Dennoch widerstand sie bislang jeder Kritik und zahlreichen Reforminitiativen einflussreicher Mitgliedstaaten und Generaldirektoren. Das institutionelle Design der WHO, so Hanrieder, ist das Ergebnis einer historischen Übereinkunft, das sich durch Pfadabhängigkeit bis heute fortsetzt: „the WHO’s ongoing regionalization is a path-dependent outcome of the historical bargain struck during its founding moment (1946–1948)“ (Hanrieder 2015b, S. 217).

1946 standen sich zwei Vorschläge gegenüber: eine autonome, zentralisierte Organisation versus eine Organisation mit starken Regionalbüros. Der zweite Vorschlag wurde vor allem von lateinamerikanischen Mitgliedern des bereits 1902 gegründeten *Pan-American Sanitary Bureau* (PASB) unterstützt. Der letztlich ausgehandelte Kompromiss sah eine Übergangsphase für die Integration des PASB in die WHO vor. In den Folgejahren gelang es jedoch den Staaten, die von der Regionalstruktur profitierten, das föderale Design aufrechtzuhalten, u. a. kopierten andere Regionalbüros die Rolle des PASB (Hanrieder 2015b, S. 226). Die erungenen Vetopositionen wurden genutzt, um spätere Reformvorschläge abzuwehren und den eingeschlagenen Pfad fortzuschreiben.

Der historische Institutionalismus bietet eine eigene Sicht auf institutionelle Langlebigkeit und Widerstandsfähigkeit. So kann er die Selbstverstärkung oder Fortschreibung von Institutionen erklären. Stark ist er in Fällen, bei denen andere Theorieschulen längst Wandel oder Zerfall erwarten würden, etwa die Realist*innen bei Machtverschiebungen im internationalen System oder die rationalistischen Institutionalist*innen bei Ineffizienz. Ein Vorteil des historischen Institutionalismus ist, dass er auch endogen verursachte Formen und Muster des graduellen institutionellen Wandels identifiziert. Allerdings muss er Anleihen bei anderen Theorieschulen nehmen, um der Gefahr des Konservatismus oder Determinismus zu entgehen und etwa Lernfähigkeit und strategische Handlungsfähigkeit von Akteuren zu berücksichtigen.

2.6 Schlussfolgerungen

Wie die Gegenüberstellung gezeigt hat, weisen die vorgestellten vier Perspektiven auf internationale Institutionen eine Reihe an Gemeinsamkeiten und Unterschieden auf. Jede Perspektive hat zudem Stärken und Schwächen. Diese sind nicht zuletzt das Resultat von unterschiedlichen Annahmen über die Ontologie der Institution und die Ontologie der internationalen Beziehungen. Wenn wir die eingangs gestellten Fragen betrachten, so zeigt sich, dass bereits bei der Definition von Institutionen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Vertreter*innen realistischer Theorien sehen in Institutionen ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der mächtigen Staaten, während Vertreter*innen des rationalistischen Institutionalismus eine Kooperationsstruktur oder ein Verhandlungsforum zur Lösung von Kooperationsproblemen erkennen. Der soziologische Institutionalismus nimmt Institutionen als Träger weltkultureller Normen wahr, die Erwartungshaltungen (einschließlich eines Rationalitätsmythos) spiegeln. Der historische Institutionalismus sieht in Institutionen eine historische Übereinkunft, die Regeln

und Vetorechte festhält und verriegelt. Entsprechend werden die Funktionen von Institutionen eingeschätzt. Realistische Theorien und rationalistischer Institutionalismus betonen die regulative Funktion, der soziologische Institutionalismus eher die konstitutive Funktion von Institutionen. Der historische Institutionalismus erfasst die prozedurale und die regulative Funktion. Zur Analyse internationaler Organisationen eignen sich alle vier Perspektiven. Dass Institutionen auch die Form von Normen annehmen können, wird hingegen vor allem vom soziologischen Institutionalismus betont.

Auch die Frage nach der Entstehung beantworten die vier Perspektiven höchst unterschiedlich. Während realistische und rationalistisch-institutionalistische Theorien von bewussten Entscheidungen der Staaten ausgehen und Regime und Organisationen als Resultat von Verhandlungen fassen, beleuchten der historische und vor allem der soziologische Institutionalismus diese Frage weitaus weniger. Der soziologische Institutionalismus erklärt das Entstehen neuer Institutionen und das organisationale Design über Prozesse der Diffusion, etwa die Nachahmung etablierter Institutionen. Woher aber die etablierten Institutionen und ihr Design stammen, wird nicht genauer betrachtet. Der historische Institutionalismus wiederum kann erklären, warum sich Institutionen und Organisationen durchsetzen, zieht aber die Historisierung der Entstehung ihrer Erklärung vor.

Die Antworten auf die Frage nach der Wirkung fallen sehr unterschiedlich aus. Dies liegt nicht nur daran, dass – vor allem der Realismus – Institutionen keine eigenständige Wirkung zugestehen will, sondern auch daran, dass die Theorien unterschiedliche Aspekte der Wirkung in den Blick nehmen. Realistische und rationalistisch-institutionalistische Beiträge konzentrieren sich auf direkte und intendierte Effekte, vornehmlich die Regulation staatlichen Handelns über Kosten-Nutzen-Manipulation. Soziologisch-institutionalistische Beiträge betonen identitätsstiftende und interessensgenerierende Wirkungen von Institutionen. Sie nehmen, ebenso wie der historische Institutionalismus, zudem nicht-intendierte Effekte in den Blick.

Für eine kritische Sicht auf Institutionen eignet sich der rationalistische Institutionalismus im Vergleich am wenigsten. Zwar gibt er u. a. mit seinen Annahmen zum institutionellen Design wertvolle Hinweise zur Bewertung einzelner Institutionen, doch betrachtet er Institutionen grundsätzlich als hilfreich und funktional. Demgegenüber haben realistische Theorien ausführlich vor dem leeren Versprechen von Institutionen gewarnt: Institutionen fehle die angenommene Robustheit und Problemlösungsfähigkeit. Der soziologische Institutionalismus hat wiederum betont, dass Institutionen hochgradig dysfunktional sein können: um den unterschiedlichen Erwartungshaltungen gerecht zu werden, neigten Organisationen zu Entkopplung von Worten und Taten bzw. zu organisierter Heuchelei. Auch

der historische Institutionalismus gibt einen kritischen Blick auf Institutionen frei, wenn er ihre Ineffizienz erklärt: die selbstverstärkende Wirkung von Institutionen verhindere Innovation und sichere auch unter geänderten Anforderungen Beharrungsvermögen.

Das Grundverständnis von Institutionen als handlungsstrukturierend, stabil und robust verführt dazu, institutionellen Wandel hauptsächlich als das Ergebnis externer Ereignisse zu erklären. Der historische Institutionalismus verweist auf externe Schocks, der rationalistische Institutionalismus auf Präferenzwandel bei Staaten (oder anderen Akteuren), der soziologische Institutionalismus auf veränderte Erwartungen im institutionellen Umfeld. Auch der Realismus geht von externen Veränderungen aus: Veränderungen in der globalen Machtverteilung führen zu institutionellem Wandel. Wie gezeigt, finden sich bei allen Theorieschulen aber auch Versuche, die Erklärung der Ursprünge oder Verschiebungen von Macht, interessensbasierten Präferenzen, kulturellen Rahmenbedingungen oder historischen Pfaden zu endogenisieren.

Übungsfragen

1. Wie interpretieren realistische Ansätze in den Internationalen Beziehungen internationale Institutionen?
2. Welche Funktionen besitzen internationale Institutionen aus Sicht des rationalistischen Institutionalismus?
3. Erklären Sie den Wandel von Institutionen mit einer Theorieperspektive Ihrer Wahl!

Literatur

- Abbott, Kenneth W./Keohane, Robert O./Moravcsik, Andre/Slaughter, Anne-Marie/Snidal, Duncan, 2000: The Concept of Legalization, in: *International Organization* 54 (3), 401–419.
- Abbott, Kenneth W./Snidal, Duncan, 1998: Why States Act through Formal International Organizations, in: *Journal of Conflict Resolution* 42 (1), 3–32.
- Arthur, W. Brian, 1994: *Increasing Returns and Path Dependence in the Economy*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Babb, Sarah, 2009: *Behind the development banks: Washington politics, world poverty and the wealth of nations*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Bauer, Michael W./Ege, Jörn /Wagner, Nora, 2017: Konzeptualisierung und Vergleich der Autonomie internationaler Verwaltungen, in: *der moderne Staat (dms)*, 191–210.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, 1967: *The social construction of reality. A treatise in the sociology of knowledge*. Garden City, NY: Doubleday.

- Boli, John/Thomas, George M., 1999: *Constructing world culture: international nongovernmental organizations since 1875*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Breitmeier, Helmut, 1996: *Wie entstehen globale Umweltregime? Der Konfliktaustrag zum Schutz der Ozonschicht und des globalen Klimas*. Opladen: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Brunsson, Nils, 1989: *The Organization of Hypocrisy. Talk, Decisions and Actions in Organizations*. Chichester: John Wiley & Sons.
- Bull, Hedley, 1977: *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics*. London: Macmillan.
- Busch, Marc L., 2007: *Overlapping Institutions, Forum Shopping, and Dispute Settlement in International Trade*, in: *International Organization* 61 (4), 735–761.
- Chwieroth, Jeffrey M., 2015: *Professional ties that bind: how normative orientations shape IMF conditionality*, in: *Review of International Political Economy* 22 (4), 757–787.
- Conceição-Heldt da, Eugénia, 2010: *Who controls whom? Dynamics of power delegation and agency losses in EU trade politics*, in: *Journal of Common Market Studies* 48 (4), 1107–1126.
- Conceição-Heldt da, Eugénia, 2013: *Do Agents „Run Amok“? A Comparison of Agency Slack in the EU and US Trade Policy in the Doha Round*, in: *Journal of Comparative Policy Analysis* 15 (1), 21–36.
- Conceição-Heldt da, Eugénia/Koch, Martin/Liese, Andrea (Hrsg.), 2015: *Internationale Organisationen als Forschungsgegenstand. Oder „Über Blinde und die Gestalt des Elefanten“*, in: Dies. (Hrsg.), *Internationale Organisationen: Autonomie, Politisierung, inter-organisationale Beziehungen und Wandel*. Baden-Baden: Nomos, 4–27.
- Cox, Robert W., 1981: *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*, in: *Millennium: Journal of International Studies* 10 (2), 126–155.
- Daddow, Oliver, 2009: *International relations theory*. London: Sage.
- David, Paul A., 1985: *Clio and the Economics of QWERTY*, in: *The American Economic Review* 75 (2), 332–337.
- Dijkstra, Hylke, 2012: *Efficiency versus Sovereignty: Delegation to the UN Secretariat in Peacekeeping*, in: *Cooperation and Conflict* 19 (5), 581–596.
- DiMaggio, Paul J., 1988: *Interest and Agency in institutional Theory. Institutional Patterns and Organizations*, in: Zucker, Lynne G. (Hrsg.): *Culture and environment*. Cambridge: Ballinger, 3–22.
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W., 1983: *The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields*, in: *American Sociological Review* 48 (2), 147–160.
- Duffield, Mark, 2007: *What Are International Institutions?*, in: *International Studies Review* 9 (1), 1–22.
- Dunne, Timothy/Kurki, Milja/Smith, Steve, 2016: *International Relations Theories. Discipline and Diversity*. Oxford: Oxford University Press.
- Faude, Benjamin, 2015: *Von Konkurrenz zu Arbeitsteilung. Komplexität und Dynamik im Zusammenspiel internationaler Institutionen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Finnemore, Martha, 1996a: *National Interests in International Society*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Finnemore, Martha, 1996b: *Norms, Culture, and World Politics. Insights from Sociology's Institutionalism*, in: *International Organization* 50 (2), 325–347.

- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn, 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52 (4), 887–917.
- Fioretos, Orfeo, 2011: Historical Institutionalism in International Relations, in: *International Organization* 65 (2), 367–399.
- Fioretos, Orfeo (Hrsg.), 2017: *International Politics and Institutions in Time*. Oxford: Oxford University Press.
- Fioretos, Orfeo/Falleti, Tulia G./Sheingate, Adam (Hrsg.), 2016: *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Gehring, Thomas/Oberthür, Sebastian, 2008: Interplay: exploring institutional interaction, in: Young, Oran R./King, Leslie A./Schröder, Heike (Hrsg.): *Institutions and environmental change: principal findings, applications, and research frontiers*. Cambridge, MA: MIT Press, 187–223.
- Glennon, Michael J., 2003: Why the Security Council Failed, in: *Foreign Affairs* 82 (3), 16–35.
- Grieco, Joseph M., 1988: Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism, in: *International Organization* 42 (3), 485–507.
- Gruber, Lloyd, 2000: *Ruling the world: power politics and the rise of supranational institutions*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Haas, Peter M., 1992: Banning Chlorofluorocarbons – Epistemic Community Efforts to Protect Stratospheric Ozone, in: *International Organization* 46 (1), 187–224.
- Hafner-Burton, Emilie M./Tsutsui, Kiyoteru, 2005: Human Rights in a Globalizing World: The Paradox of Empty Promises, in: *American Journal of Sociology* 110 (5), 1373–1411.
- Hall, Peter/Taylor, Rosemary C.R., 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies* 44 (5), 936–957.
- Hanrieder, Tine, 2014: Gradual Change in International Organisations: Agency Theory and Historical Institutionalism, in: *Politics* 34 (4), 324–333.
- Hanrieder, Tine, 2015a: *International Organization in Time. Fragmentation and Reform*. Cambridge, MA.: Cambridge University Press.
- Hanrieder, Tine, 2015b: The path-dependent design of international organizations: Federalism in the World Health Organization, in: *European Journal of International Relations* 21 (1), 215–239.
- Hardin, Garrett, 1968: The Tragedy of the Commons, in: *Science* 162 (3859), 1243–1248.
- Hart, Oliver D., 1988: Incomplete Contracts and the Theory of the Firm, in: *The Journal of Law, Economics, and Organization* 4 (1), 119–139.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker, 1997: *Theories of International Regimes*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Hawkins, Darren G./Jacoby, Wade, 2006: How Agents Matter, in: Hawkins, Darren G./Lake, David A./Nielson, Daniel L./Tierney, Michael J. (Hrsg.) *Delegation And Agency in International Organizations*. Cambridge, MA: Cambridge University Press, 199–228.
- Hawkins, Darren G./Lake, David A./Nielson, Daniel L./Tierney, Michael J. (Hrsg.), 2006: *Delegation and Agency in International Organizations*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Helfer, Laurence R., 1999: Forum Shopping for Human Rights, in: *University of Pennsylvania Law Review* 148 (2), 285–400.
- Helfer, Laurence R., 2004: Regime Shifting: The TRIPS Agreement and New Dynamics of International Intellectual Property Lawmaking, in: *Yale Journal of International Law* 29, 1–83.

- Helfer, Laurence R., 2009: Regime Shifting in the International Intellectual Property System, in: *Perspectives on Politics* 7 (1), 39–44.
- Herz, John H., 1950: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: *World Politics* 2 (2), 157–180.
- Hofmann, Stephanie C., 2011: Why institutional overlap matters: CSDP in the European security architecture. In: *Journal of Common Market Studies* 49 (1), 101–120.
- Holzer, Boris, 2006: Spielräume der Weltgesellschaft. Formale Strukturen und Zonen der Informalität, in: Schwinn, Thomas (Hrsg.): *Die Vielfalt und Einheit der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag, 261–281.
- Hosli, Madeleine O./Dörfler, Thomas, 2019: Why is change so slow? Assessing prospects for United Nations Security Council reform, in: *Journal of Economic Policy Reform* 22 (1), 35–50.
- Jetschke, Anja, 2006: Weltkultur versus Partikularismus: Die Universalität der Menschenrechte im Lichte der Ratifikation von Menschenrechtsverträgen, in: *Die Friedens-Warte* 81 (1), 25–49.
- Jetschke, Anja, 2017: *Internationale Beziehungen. Eine Einführung*. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
- Keohane, Robert O., 1982: The demand for international regimes, in: *International Organization* 36 (2), 325–355.
- Keohane, Robert O., 1984: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Keohane, Robert O., 1989: *Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics. International Institutions and State Power: Essays in International Relations Theory*. Boulder, CO: Westview, 1–20.
- Kiewiet, D. Roderick/McCubbins, Mathew D. 1991: *The Logic of Delegation*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Kindleberger, Charles P., 1973: *The World in Depression: 1929–1939*. Berkeley, CA: California University Press.
- Koch, Martin 2017: *Internationale Organisationen in der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main 2017.
- Koremenos, Barbara/Lipson, Charles/Snidal, Duncan, 2001: The Rational Design of International Institutions, in: *International Organization* 55 (4), 761–799.
- Krasner, Stephen D., 1976: State Power and the Structure of International Trade, in: *World Politics* 28 (3), 317–343.
- Krasner, Stephen D., 1982: Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables, in: *International Organization* 36 (2), 185–205.
- Krasner, Stephen D., 1985: *Structural Conflict: The Third World against Global Liberalism*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Krasner, Stephen D., 2001: Rethinking the Sovereign State Model, in: *Review of International Studies* 27 (5), 17–42.
- Liese, Andrea, 2006: *Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf nationale Menschenrechtspolitik*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Liese, Andrea, 2009: Die unterschiedlich starke Öffnung internationaler Organisationen gegenüber nichtstaatlichen Akteuren: Erklärungen der Institutionen- und Organisationstheorie, in: Dingwerth, Klaus/Nölke, Andreas/Kerwer, Dieter (Hrsg.): *Die Organisierte Welt: Internationale Beziehungen und Organisationsforschung*. Baden-Baden: Nomos, 189–210.

- Lipson, Michael, 2007: Peacekeeping: Organized Hypocrisy?, in: *European Journal of International Relations* 13 (1), 5–34.
- Masala, Carlo, 2006: Neorealismus und Internationale Politik im 21. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 16(1), 87–111.
- McNeely, Connie L., 1995: *Constructing the Nation-State: International Organization and Prescriptive Action*. Westport, CT: Greenwood Press.
- Mearsheimer, John J., 1994: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19 (3), 5–49.
- Meyer, John W./Boli, John/Thomas, George M./Ramirez, Francisco O., 1997: World Society and the Nation-State. In: *American Journal of Sociology* 103 (1), 144–181.
- Meyer, John W./Rowan, Brian, 1977: Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: *American Journal of Sociology* 83 (2), 340–363.
- Montoya, Celeste, 2016: Institutions, in: Disch, Lisa/Hawkesworth, Mary (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Feminist Theory*. Oxford: Oxford University Press, 367–384.
- Moravcsik, Andrew, 1993: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining, in: Evans, Peter B./Jacobsen, Harold K./Putnam, Robert D. (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Policies*. Berkeley, CA: University of California Press: 3–45.
- Morgenthau, Hans J., 1948: *International Government: The United Nations*, in: Morgenthau, Hans J. (Hrsg.): *Politics among nations: The struggle for Power and Peace*. New York, McGraw-Hill: 319–330.
- Morse, Julia C./Keohane, Robert O., 2014: Contested Multilateralism, in: *Review of International Organizations* 9 (4), 385–412.
- Oberthür, Sebastian/Gehring, Thomas, 2004: Reforming International Environmental Governance: An Institutionalist Critique of the Proposal for a World Environment Organisation, in: *International Environmental Agreements* 4 (4), 359–381.
- Ostrom, Elinor, 1990: *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Peet, Richard, 2003: *Unholy Trinity. The IMF, World Bank and WTO*. London: Zed Books.
- Pierson, Paul, 2000: Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: *The American Political Science Review* 94 (2), 251–267.
- Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (Hrsg.), 1991: *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Putnam, Robert D., 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42 (3), 427–460.
- Risse, Thomas, 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 99–132.
- Rixen, Thomas/Viola, Lora Anne, 2016: Historical Institutionalism and International Relations. Towards Explaining Change and Stability in International Institutions, in: Rixen, Thomas/Viola, Lora/Zürn Michael (Hrsg.): *Historical Institutionalism and International Relations. Explaining Institutional Development in World Politics*. Oxford: Oxford University Press, 3–34.

- Rixen, Thomas/Viola, Lora/Zürn, Michael (Hrsg.), 2016: *Historical Institutionalism and International Relations. Explaining Institutional Development in World Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Vivien A., 2010: Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change Through Discursive Institutionalism as the Fourth ‚New Institutionalism‘, in: *European Political Science Review* 2 (1), 1–25.
- Seo, Myeong-Gu/Creed, W. E. Douglas, 2002: Institutional Contradictions, Praxis, and Institutional Change: A Dialectical Perspective, in: *Academy of Management Review* 27 (2), 222–247.
- Snidal, Duncan, 1985: The Limits of Hegemonic Stability Theory, in: *International Organization* 39 (4), 579–614.
- Steffek, Jens, 2008: Explaining cooperation between IGOs and NGOs – push factors, pull factors, and the policy cycle. Annual Meeting of the International Studies Association (ISA), San Francisco.
- Stichweh, Rudolf, 2000: *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Strange, Susan, 1982: Cave! Hic Dragones. A Critique of Regime Analysis, in: *International Organization* 36 (2), 479–496.
- Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen, 2005: Institutional Change in Advanced Political Economics, in: Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen (Hrsg.): *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economics*. Oxford: Oxford University Press, 1–39.
- Tallberg, Jonas, 2010: Transnational Access to International Institutions: Three Approaches, in: Jönsson, Christer/Tallberg, Jonas (Hrsg.): *Transnational Actors in Global Governance: Patterns, Explanations and Implications*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 45–66.
- Thacker, Strom, 1999: The High Politics of IMF lending, in: *World Politics* 52 (1), 38–75.
- Wade, Robert H., 2002: U.S. Hegemony and the World Bank. The Fight over People and Ideas, in: *Review of International Political Economy* 9 (2), 215–243.
- Waltz, Kenneth N., 1979: *Theory of International Politics*. New York, NY: McGraw-Hill.
- Weaver, Catherine, 2008: *Hypocrisy Trap: the World Bank and the Poverty of Reform*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Werle, Raymund, 2007: Pfadabhängigkeit, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag, 119–131.
- Williamson, Oliver E., 1975: *Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications*. New York, NY: The Free Press.
- Xu, Jiajun, 2017: *Beyond US Hegemony in International Development. The Contest for Influence at the World Bank*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Zangl, Bernhard, 1999: *Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Zürn, Michael, 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes*. Opladen: Leske+Budrich.
- Zürn, Michael, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zürn, Michael, 2016: Historical Institutionalism and International Relations – Strange Bedfellows?, in: Rixen, Thomas/Viola, Lora/Zürn Michael (Hrsg.): *Historical Institutionalism and International Relations. Explaining Institutional Development in World Politics*. Oxford: Oxford University Press, 199–228.

Mathies Kempken war bis Oktober 2020 Akademischer Mitarbeiter an der Professur für Internationale Beziehungen an der Universität Potsdam. Seine Dissertation befasst sich mit der Verbreitung von Managementkonzepten zwischen internationalen Organisationen. Er studierte Politikwissenschaft im Bachelor und Soziologie im Master an der Universität Bielefeld. Zu seinen weiteren Forschungsinteressen gehören internationale Organisationen, insbesondere die Rolle von Expertenautorität in internationalen Bürokratien und Theorien der Weltgesellschaft.

Andrea Liese ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Universität Potsdam. Sie studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften, Soziologie und Germanistik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und schloss ihr Studium als Diplom-Politologin ab. Promoviert wurde sie 2001 an der Universität Bremen mit einer Arbeit über die Wirkung des internationalen Menschenrechtsregimes. Danach war sie Wissenschaftliche Assistentin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Juniorprofessorin für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2006 erhielt sie ein John F. Kennedy-Gedächtnis-Stipendium für einen zehnmonatigen Forschungsaufenthalt am Center for European Studies der Harvard University. Sie ist Autorin zahlreicher Aufsätze zur Rolle von internationalen Organisationen und ihren Bürokratien, zu nichtstaatlichen Akteuren, Institutionen und Normen in den internationalen Beziehungen. Ihre aktuelle Forschung befasst sich mit der Autorität, Expertise und Neutralität internationaler Organisationen und mit Normkollisionen in der internationalen Politik.